Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 243. Mittwoch, den 16. Oktober 1918. 25. Jahrg.

Die Antwort Amerikas.

Der Staatssekretär des Auswärtigen der Vereinigten Staaten hat die deutsche Beantwortung der Frage Wilsons schon wieder beantwortet. Der authentische Wortlaut liegt allerdings noch nicht vor. Und die private Uebermittlung der Antwort über das feindliche Ausland kann ihr hier und da eine Färbung gegeben haben, die im Original nicht enthalten ist. Aber das Wesentliche der Meinung der amerikanischen Regierung kann man doch erkennen. Es sind drei Punkte: Die Frage des Waffenstillstandes muß von den militärischen Instanzen der Alliierten entschieden werden, die von Amerika behauptete „unmenschliche Kriegführung", die darin gesehen wird, daß angeblich die deutschen Truppen beim Rückzug aus militärischen Gründen besetztes Gebiet verwüsten und die deutschen U-Boote Passagierschiffe versenken, soll eingestellt werden, und schließlich soll „die Macht, die bisher das Schicksal der deutschen Nation verwaltet hat," vernichtet oder wenigstens zu „tatsächlicher Machtlosigkeit" zurückgebracht werden.

Was den letzten Punkt angeht, so fordern auch wir und haben es Jahrzehnte vor dem Kriege gefordert, daß Deutschland vom deutschen Volke regiert werde. Wäre diese Forderung schon durchgeführt gewesen, so hätten wir das Elend dieses Krieges nicht erlebt. Bezüglich der anderen beiden Punkte müssen wir uns der Meinungsäußerung vorläufig enthalten. Die deutschen Instanzen bestreiten die von der Gegenseite behauptete „barbarische Kriegführung", die bezüglich der Somme-Gebiete allerdings seinerzeit ausdrücklich zugegeben wurde.

Die Einzelheiten der Waffenstillstandsfrage sind allerdings Sache der militärischen Instanzen. Aber die militärischen Mittel sind schließlich doch auch nur letzte Mittel der Politik. Will Amerika, wollen die europäischen Westmächte die Beendigung des ungeheuerlichen Blutvergießens abhängig machen von der militärischen Lage, so tun sie das, was sie Deutschland vorwerfen: **sie setzen Macht vor Recht.** Darum können wir uns noch nicht denken, daß es Wilsons Meinung ist, allein die militärischen Instanzen sollten über die Frage des Waffenstillstandes beschließen. Auch das muß Sache der Politik sein. Und hat die Gegenseite die Gewähr, daß in Deutschland zukünftig eine Politik gemacht wird, die die Machtallüren des Militarismus ausschließt, so muß sie nach ihrer ganzen bisherigen Stellungnahme jetzt dem Morden ein Ende machen. Daß solche Politik in Deutschland hinfort gesichert ist, dafür sorgt die schon erreichte Demokratisierung der Regierung, und das wird in den allernächsten Tagen durch die Gesetzgebung verankert werden. Wollen das die alliierten Regierungen nicht sehen, so werden es deren **Völker** erkennen. An denen ist es, ihre Regierungen eventuell zu zwingen, nun ebenfalls zu ihren Worten zu stehen. Das deutsche Volk hat an seinem Teil getan, was an ihm war. Mögen nun die **Völker** auf der Gegenseite auch das Ihrige tun.

Hier der durch Wolffs Bureau übermittelte Wortlaut der amerikanischen Antwort:

Staatsdepartement, 14. Oktober 1918.

Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergaben, habe ich die Ehre, Sie um Uebermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstages berechtigte den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rat der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheiten der Armeen der Vereinigten Staaten und Alliierten im Felde schafft. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird. Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch er dessen ganz sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren.

Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken, und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, mit denen ihre Passagiere und Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen auf ihrem jetzigen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und Frankreich einen Weg mutwilliger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderungen und Verwüstungen fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörten Herzen hinblicken.

Es ist notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very solemly) **die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und klare Absicht** (te the language and plain intent) **einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli 1918 in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt:**

Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, die für sich geheim und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann oder wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zu tatsächlichem Unvermögen und (folgt eine Telegramm-Verstümmelung). **Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat, ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird.**

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Frieden durch das Vorgehen (by the action) **des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln.**

Der Präsident wird eine besondere Antwort an die Kaiserliche und Königliche Regierung von Oesterreich-Ungarn absenden.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung.

Robert Lansing.

Reichswirtschaftsamt und Reichsarbeitsamt.

Von Paul Umbreit.

Mit der Parlamentarisierung der Reichsregierung ist eine Verselbständigung der deutschen Sozialpolitik eingetreten, die in der Errichtung eines Reichsarbeitsamtes unter Leitung eines sozialdemokratischen Staatssekretärs gipfelt. So wohltuend diese Erfüllung einer alten Forderung der Sozialdemokratie berühren muß, so kann man doch in diesem Augenblicke im Zweifel sein, ob die Abtrennung der Sozialpolitik von der Wirtschaftspolitik das Richtige war. Es war sicherlich ein großer Fortschritt, als durch die Aufteilung des viel belasteten Reichsamtes des Innern neben dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamt ein Reichswirtschaftsamt für die Wirtschafts- und Sozialpolitik einschließlich der Fürsorge für die Uebergangswirtschaft errichtet würde. Die Schaffung zweier Unterabteilungen für wirtschaftliche und sozialpolitische Angelegenheiten mit je einem besonderen Unterstaatssekretär bot die Gewähr einer sachgemäßen Arbeitsteilung. Eine völlige Trennung dieser Arbeitsgebiete schien indes kaum erwünscht, schon deshalb, weil Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht von gegensätzlichen Interessen beherrscht werden dürfen, sondern einander durchdringen und ergänzen müssen. Eine Wirtschaftspolitik, die mehr den Interessen der Unternehmer entspricht und keine Rücksicht auf die Sozialpolitik nimmt, wäre der Arbeiterschaft höchst nachteilig, wie auch eine Sozialpolitik, die von wirtschaftspolitischen Erwägungen losgelöst wäre, mehr Arbeiterwohlfahrt als Arbeitsrecht darstellen würde. Eine Zusammenfassung beider Gebiete unter der Leitung eines Reichsarbeitsministeriums wäre sicher die natürlichste Lösung gewesen.

Die neue Reichsregierung ist bei der Neuorientierung einen anderen Weg gegangen und es muß nunmehr dafür Sorge getragen werden, daß bei dem Neuaufbau des Reichsarbeitsamtes weder die Sozialpolitik zu kurz kommt, noch die Wirtschaftspolitik dem sozialen Geiste entfremdet wird. Die sozialdemokratische Leitung des neuen Amtes verbürgt gewiß eine kraftvolle Initiative in der Richtung der Erfüllung der notwendigsten Arbeiterwünsche. Aber sie allein genügt nicht, wenn dem Reichsarbeitsamt nicht ein ausreichender Wirkungskreis geschaffen wird. Es gab einmal eine Zeit, wo bürgerliche Vertreter im Reichstage ein Reichsarbeitsamt verlangten und sich dagegen verwahrten, daß dasselbe mehr als eine Art statistisches Observatorium sein sollte, etwa eine andere Form der ehemaligen Reichskommission für Arbeiterstatistik. Von einer solchen Begrenzung des neuen Amtes kann natürlich heute keine Rede sein. Aber auch bei weitester Berücksichtigung der sozialpolitischen Arbeitsgebiete stößt die Trennung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Fragen, die streitig bleiben. Vor allem ist die Uebergangswirtschaft ein Gebiet, das nicht bloß unter volkswirtschaftlichen, sondern auch unter sozialpolitischen Richtlinien zu behandeln ist. Ich möchte dabei sogar den sozialpolitischen Forderungen den Vorrang geben. Nun ist gewiß ein Zusammenwirken beider Aemter bei der Lösung dieser Fragen sehr gut möglich, aber dies setzt den beiderseitigen guten Willen voraus, und dafür muß bei dem Aufbau der beiden Aemter Vorsorge getroffen werden. Das gilt besonders für das Reichswirtschaftsamt, in dem auch der Einfluß der Arbeiter und Angestellten sichergestellt werden muß. Die Mitteilung, daß in Aussicht genommen sei, den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt als Unterstaatssekretär in das Reichswirtschaftsamt zu berufen, böte Gewähr dafür, daß ein Weg gesucht und gefunden wird, der sozialen Arbeiterpolitik in der künftigen Wirtschaftspolitik des Reiches einen gleichberechtigten Wirkungskreis zu geben.

Bei der Organisation des neuen Reichsarbeitsamtes ist darauf Wert zu legen, daß demselben alle Angelegenheiten, soweit sie die Arbeiter und Angestellten, sowie die Unternehmer als Arbeitgeber berühren, unterstellt werden. Dazu gehören die Gebiete des Arbeitsvertrags-, Tarifvertrags- und Koalitionsrechts, des Arbeiterschutzes und der Gewerbeaufsicht, der Arbeitervertretung, des Einigungswesens, der Arbeitsstatistik und Arbeitsvermittlung und der Arbeiter- und Angestelltenversicherung. Damit würde aber nur erst die soziale Arbeiterpolitik erfaßt werden, während der Bereich der Sozialpolitik entschieden weiter gezogen werden muß. Und es gibt nach diesem Kriege vieles auf dem Gebiete der allgemeinen Sozialpolitik zu leisten. Wir verweisen da vor allem auf die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, auf die Erneuerung der Volkskraft, auf die Volksernährung, Volkshygiene und Wohnungsfürsorge. Auch weite Gebiete des öffentlichen Bildungswesens gehören in diesem Sinne zur Sozialpolitik. Mögen die Grenzen der letzteren in mancher Beziehung streitig sein, so soll es doch gerade eine der wichtigsten Aufgaben des Reichsarbeitsamtes sein, die künftige Gesetzgebung mit sozialem Geist zu befruchten und allenthalben die sozialen Kräfte des Volkes zu wecken und zu heben. Es wird sich dabei in nicht geringem Maße auf die Wirksamkeit der Arbeitskammern stützen können, deren Tätigkeitsbereich ebenfalls nicht engherzig auf Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses begrenzt werden darf, sondern denen Raum für die Beratung aller sozialen Fragen gegeben werden muß.

Bei solcher großzügigen Gestaltung des Reichsarbeitsamtes und bei sachgemäßem Zusammenwirken mit dem Reichswirtschaftsamt in allen wichtigen Fragen der künftigen Wirtschaftspolitik, vor allem bei der Regelung der Uebergangswirtschaft darf erwartet werden, daß das neue Amt bei dem Aufbau des neuen Deutschland segensreiche Arbeit leisten wird. Das Arbeitsprogramm, das ihm vorliegt, ist nicht gering; eine Konzentration auf die wichtigsten und wesentlichsten Reformen ist dabei nicht zu umgehen. Sie seien in aller Kürze angedeutet.

Zunächst wird dem neuen Amt die Schaffung gesetzlicher Arbeitervertretungen obliegen, die den Wünschen der Gewerkschaften aller Richtungen entsprechen. Zum Zweiten bedarf es der ungesäumten gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung im Sinne der Reichstagsbeschlüsse vom März 1915. Daran hat sich die Schaffung einer nichtgesetzlichen Arbeitslosenversicherung zu knüpfen, die in Berücksichtigung der Finanzlage des Reiches auf die Beiträge der Arbeitgeber und Versicherten nicht verzichten kann. Ferner bedarf die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Fürsorge einer raschen gesetzlichen Lösung. Endlich muß das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten von allen Hemmungen befreit werden. Die Ausgestaltung des öffentlichen Einigungswesens

und die Schaffung eines Reichseinigungsamtes bietet hinreichend Gewähr dafür, daß die allgemeine Volkswohlfahrt unter der Koalitionsfreiheit nicht zu leiden braucht.

Wir leben in der Zeit des Neuaufbaues, die alle tüchtigen Kräfte des Volkes in Anspruch nimmt. Es gilt, die Arbeiterklasse als gleichberechtigt in das Staatsleben einzufügen. Die Männer, die in die Regierung eintreten, um an dieser großen Aufgabe mitzuarbeiten, können ihre Mission aber nur dann befriedigend erfüllen, wenn sie sich auf das ungeteilte Vertrauen der Arbeiterschaft stützen können. Partei und Gewerkschaften, die diese Männer für die Regierung vorgeschlagen haben, dürfen für sich in Anspruch nehmen, daß sie in wohlerwogenem Interesse der Arbeiterklasse gehandelt haben, und sie dürfen darauf rechnen, daß die übergroße Mehrheit der Arbeiterschaft ihre Entscheidung billigt.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler hat sich zu diesem Brief dahin geäußert, daß er den Wortlaut nicht kontrollieren könne, da er keine Abschrift besitze. Der Zweck sei gewesen, zwischen sich und dem Prinzen Hohenlohe, dessen Ziel er wohl billige, dessen Methode er aber verwerfe, einen deutlichen Trennungsstrich zu ziehen, was notwendig gewesen sei, da Hohenlohe ihn als seinen unbedingten Eideshelfer angesprochen habe. Für die Gradlinigkeit seiner Friedenspolitik könne er u. a. folgende Tatsachen anführen:

1. Ende Januar 1917 sei er dafür eingetreten, die bekannte Friedensnote des Präsidenten Wilson auch nach der ablehnenden Ententenote durch eine deutsche öffentliche Kriegszielerklärung zu unterstützen.

2. Am 15. Juli 1917 habe er einen Vorschlag gemacht für die Form, in der der damalige Kanzler sich zur Friedensresolution bekennen sollte. Der Prinz zitierte daraus:

„Der deutsche Krieg ist mir vom ersten Tage an ein Freiheitskrieg gewesen. Wer für sein Recht und seine Freiheit kämpft, der hat Achtung vor dem Recht und der Freiheit anderer Völker zu haben. Sonst ist ihm seine eigene Sache nicht heilig. Darum habe ich alle jene Pläne, die unbekümmert um Recht und Freiheit anderer Nationen, Deutschlands Hegemoniestellung erkämpfen wollen, als eine Verfälschung der Motive empfunden, die uns wie ein Mann zum Schwerte greifen ließen. Meine eigene Weltanschauung fordert also von mir, mich auf den Boden Ihrer Resolution zu stellen. Aber ich kann Ihnen, meine Herren, nicht vorenthalten, daß ich den Zeitpunkt bedauere, an dem Sie erneut das Wort „Verständigung" in die Welt hinausrufen."

3. Im Februar 1918 sei er für eine unzweideutige Erklärung über Belgien eingetreten und für eine saubere Ausfüllung des Rahmens des Brest-Litowsker Friedens im Sinne des Rechts.

4. Er habe diese Forderung wiederholt, als wir auf dem Höhepunkte unserer militärischen Erfolge standen.

Der Reichskanzler erklärte weiter, er habe die alldeutsche Politik stets bekämpft, er sei schon im Juni 1917 für das gleiche Wahlrecht gewesen, und das demokratische Programm, das er jetzt vertrete, habe schon mit Kriegsbeginn bei ihm festgestanden. Allerdings habe er sich in dieser Beziehung während des Krieges in gerader Linie weiter entwickelt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich gestern mit diesen Darlegungen des Kanzlers beschäftigt, weil der Vorstand die Verantwortung nicht allein übernehmen wollte. Sie hat, wie wir hören, gegen nur ganz wenige Stimmen die Darlegungen für eine ausreichende Erklärung der scheinbaren Widersprüche zwischen einzelnen Stellen in dem Brief und dem nunmehr vom Kanzler vertretenen Programm für die innere und äußere Politik gehalten und einen entsprechenden Entschluß gefaßt. Damit dürfte die Kanzlerkrisis, falls nicht neue Verwicklungen auftreten, erledigt sein.

Was der Krieg bringt.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 15. Oktober, abends. (Amtlich.)

An der Kampffront in Flandern setzte der Feind seine Angriffe fort. Er konnte einige Gelände-Vorteile in beschränktem Umfange erringen.

Westlich der Maas entwickelten sich Teilkämpfe zu unseren Gunsten.

Durazzo von den Italienern besetzt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

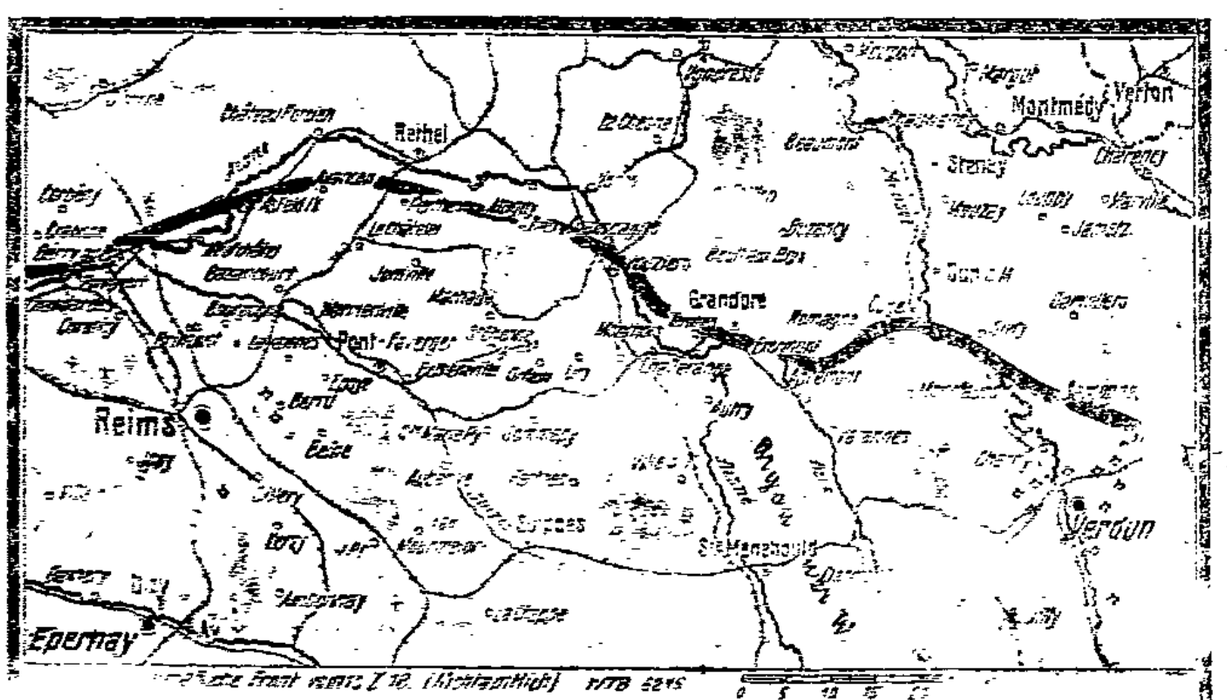
Die Gefechtstätigkeit war auch gestern ziemlich rege.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Das von uns geräumte Durazzo ist von den Italienern besetzt worden.

Die Bewegungen in Albanien und Serbien gehen ohne nennenswerte Gefechtsberührung mit dem Gegner vor sich.

Der Chef des Generalstabes.



Das Kampfgebiet zwischen Reims und Verdun

Die türkische Friedensnote.

Reuter meldet aus Newyork, 14. Oktober: Der spanische Botschafter hat heute die türkische Friedensnote übermittelt. Der Text lautet:

„Unterzeichneter Geschäftsträger der Türkei hat die Ehre, infolge telegraphischen Auftrages seiner Regierung Sie zu ersuchen, dem Minister des Auswärtigen mitteilen zu wollen, daß die kaiserlich türkische Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten ersucht, die Aufgabe zu übernehmen, den Frieden wieder herzustellen und alle Kriegführenden aufzufordern, **Bevollmächtigte zu ernennen**, um Verhandlungen einzuleiten. Die kaiserlich türkische Regierung nimmt als **Grundlage für die Unterhandlungen das Programm an**, das in der **Botschaft des Präsidenten** an den Kongreß vom 8. Januar und in den späteren Erklärungen, insbesondere in seiner Rede vom 29. September, niedergelegt ist. **Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ersucht die kaiserlich türkische Regierung, Schritte zu unternehmen zur sofortigen Schließung eines allgemeinen Waffenstillstandes.**"

Der österreichisch-ungarische Abbau in Polen.

Das Wiener k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet amtlich: Die österreichisch-ungarische Monarchie ist bereit, die Militärverwaltung in Polen aufzulassen und die Verwaltung der polnischen Regierung zu übergeben, sobald diese zur Uebernahme bereit ist. Die österreichisch-ungarische Monarchie wird alles tun, um der polnischen Regierung den Wiederaufbau der staatlichen Organisation zu erleichtern und ihr auf Verlangen der Polen die derzeit noch fehlenden Mittel und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Hingegen erwartet die österreichisch-ungarische Monarchie, daß das Land ihr aus seinen Ueberschüssen an Lebensmitteln und Rohstoffen mit entsprechenden Rekompensationen aushelfen wird. Die gegenwärtigen militärischen Aufbringungen würden eingestellt und die staatliche Bewirtschaftung den zu schaffenden polnischen Organisationen übergeben werden.

Fürst Lubomirski erklärte Ausfragern: **Oberst Pilsudski ist freigelassen und trifft in dieser Woche in Warschau ein.** Nach polnischen Blättern soll Pilsudski einen **wichtigen Posten in dem neuen Kabinett erhalten.**

Gegen die finnische Königsmacherei

wendet sich in einer Note die französische Regierung. Sie erklärt, daß die diplomatischen Beziehungen, die zwischen Finnland und Frankreich angebahnt waren, wieder eingestellt werden.

Die Sowjetregierung und die jetzige Weltlage.

Ein norwegisches Blatt („Christiansands Tidende") veröffentlicht folgendes:

Die Sowjet-Regierung erklärt der Welt den Krieg.

Sie erwartet eine allgemeine Katastrophe. — Es sollen Lebensmittelreserven für die deutschen Arbeiter angesammelt werden.

Der Vertreter der russischen Sowjet-Regierung in Stockholm hat von dem russischen **Gesandten in Berlin, Joffe, den Wortlaut** einer Entschließung erhalten, die gefaßt worden ist von dem zentralen russischen **Exekutivkomitee** in einer gemeinschaftlichen Beratung mit den Vertretern der Moskauer Arbeiter, der roten Armee und der Fachvereinigungen. Das Exekutivkomitee findet, man müsse Stellung zu den Weltbegebenheiten nehmen und hinweisen auf einen sozialen Zusammenbruch und darauf, daß die große Katastrophe nahe ist. Nach ihrem neuen Sieg scheint die **Entente für die Sowjet-Republik ein gefährlicherer Feind als der Deutsche zu sein.** Aber die Sowjet-Regierung ist gleichwohl überzeugt, daß der **Zusammenbruch der Entente-Mächte** nahe ist. Es heißt in der Entschließung:

„Indem wir das Schicksal der Ukraine, Polens, Litauens, der Ostseeprovinzen und Finnlands mit der russischen Arbeiter-Revolution verknüpfen, weisen wir jeden Gedanken an eine Verbindung mit den imperialistischen Entente-Mächten zum Zweck einer Abänderung des **Brest-Litowsker Friedens** von uns. Der Kampf zwischen den englisch-amerikanischen und den österreichisch-deutschen Räubern kann jeden Tag ein Kampf zwischen dem Imperialismus und der deutschen Arbeiterklasse werden. Das allrussische zentrale Exekutivkomitee erklärt der ganzen Welt, daß **die Sowjet-Republik in diesem Kampf mit allen Mitteln die deutsche Arbeiterschaft unterstützen wird.**

Das russische Exekutivkomitee befiehlt daher dem revolutionären Militärrat, sofort ein eingehendes Programm für die Organisation der Roten Armee mit Hinblick auf die neuen internationalen Verwicklungen auszuarbeiten. Das allrussische Exekutivkomitee befiehlt der Lebensmittelkommission, sofort einen Plan auszuarbeiten zur **Aufsammlung von Lebensmittelreserven für die arbeitenden Klassen in Deutschland und Oesterreich,** zur Unterstützung in deren Kampf gegen innere und äußere Räuber und Volksverderber."

Vorausgesetzt, daß diese Meldung richtig ist, tut man gut, auf dieselbe nicht allzugroße Hoffnungen zu setzen.

Belagerungszustand in Portugal.

Ueber das portugiesische Gebiet wurde, nach einer Havas-Meldung, der Belagerungszustand verhängt. Der Präsident übernahm als Chef der Streitkräfte zu Lande und zur See den unmittelbaren Befehl über sie. In Portugal herrscht vollständige Ruhe. Eine kleine meuternde Militärabteilung in Penfiel (?) wurde schnell wieder zum Gehorsam gebracht.

Die deutsche Regierung zur Versenkung des „Leinster".

Staatssekretär Erzberger erklärte holländischen Pressevertretern gegenüber, daß er die Versenkung des Passagierdampfers „Leinster" als außerordentlich bedauerlich betrachte. Hier habe die Hand eines Verhängnisses gewaltet, für das wir nicht haftbar gemacht werden können. Die ganze Regierung steht geschlossen auf diesem Standpunkt. Es ist Aufgabe aller beteiligten Regierungen, diesen verhängnisvollen Vorfall nicht zu einem Hindernis für das Gelingen der Friedensaktion werden zu lassen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die heutige Reichstagssitzung

fällt auf Beschluß der Seniorenkonvents aus. Der Präsident hat eine neue Sitzung anzuberaumen.

Die neue Regierung.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht, daß das Mitglied des Reichstages Rechtsanwalt Haußmann mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Staatssekretärs, das Mitglied des Reichstages Schriftsteller Dr. David mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, das Mitglied des Reichstages Arbeitersekretär Giesberts mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Reichsarbeitsamt, das Mitglied des Reichstages Arbeitersekretär Rob. Schmidt mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Kriegsernährungsamt beauftragt und der Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt Dr. Müller zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt ernannt worden sind.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden.

Der Artikel 11 der Reichsverfassung hat folgenden Wortlaut:

„Das Präsidium des Bundes steht dem Könige von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt. Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.

Insoweit die Verträge mit fremden Staaten sich auf solche Gegenstände beziehen, welche nach Artikel 4 in den Bereich der Reichsgesetzgebung gehören, ist zu ihrem Abschluß die Zustimmung des Bundesrats und zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstages erforderlich."

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Bundesrat gestern den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des vorgenannten Artikels angenommen. Wenn auch noch nichts Näheres bekannt ist, so geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Aenderungen sich in der Hauptsache auf die Mitwirkung des Reichstages bei der Entscheidung über Krieg und Frieden beziehen.

Die Nachwahl in Berlin I.

Bei der gestrigen Reichstagswahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreis erhielten Kempner (FVp.) 2294, Hugo Heimann (SD.) 1720, Müller (USD.) 513, Gellert (Deutsche Angestellten- und Arbeiterpartei) 178 Stimmen. 4 Stimmen entfielen auf einen Polen, während 49 Stimmen zersplittert waren. Es findet demnach eine Stichwahl zwischen Kempner und unserem Genossen Heimann statt.

Bei der letzten Wahl im Jahre 1912 entfielen auf den fortschrittlichen Kandidaten 4657 Stimmen (gegen 6067 im Jahre 1907), auf den Sozialdemokraten 4408 (5042), den Demokraten 1395, das Zentrum 169 (271), den Polen 37 (41). In der Stichwahl konnte der fortschrittliche Kandidat (Kaempf) mit 5588 (8053) gegen den Sozialdemokraten (Düwell) mit 5579 (4618), also mit einem Mehr von nur 9 Stimmen, den Wahlkreis behaupten.

Da Kaempf infolge Anzweiflung der Rechtsgültigkeit der Wahl sein Mandat niedergelegt hatte, war eine Neuwahl erforderlich, in der sich ein Mehrbetrag von über 1000 Stimmen für Kaempf gegenüber dem sozialdemokratischen Kandidaten ergab. Der Ausgang der Wahlhandlung war folgender: Kaempf (Fortschr.) erhielt 4878, Düwell (Soz.) 3840, Rechtsanwalt Ulrich (Kons.) 587, Erzberger (Zentr.) 174, ein Pole 16, zersplittert waren 46 Stimmen. Eine Stichwahl war hier überflüssig geworden, da Kaempf bereits 200 Stimmen über die absolute Mehrheit auf sich vereinigte.

Eine neue alldeutsche Gründung.

Wie auf die Friedensentschließung des Reichstages im Juli vorigen Jahres die Gründung der Vaterlandspartei von Königsberg aus erfolgte, so hat sich unter dem Eindruck der deutschen Note vom 12. Oktober in Danzig ein „Volksausschuß für nationale Verteidigung" gebildet. Es sind immer wieder dieselben alldeutschen Drahtzieher, die in den verschiedenen Vereinen, Ausschüssen und Bünden das Wort führen. Diesmal war es eine Versammlung des Alldeutschen Verbandes in Danzig, die dem neuen „Volksausschuß" zum Leben verhalf. Herr Claß, der bekannte Führer des Verbandes, suchte zunächst nachzuweisen, daß die Alldeutschen immer recht und alle anderen immer unrecht gehabt hätten, und empfahl weiter eine Entschließung, die das „verfassungswidrige" Kriegskabinett verwirft und ihm „unbegrenztes Mißtrauen" ausspricht. Er bat dann den Mut, die Entfernung aller zu fordern, „die an unserem Niederbruch schuld sind". Offenbar übersah Herr Claß, daß dann in allererster Reihe der Alldeutsche Verband „entfernt" werden müßte. Der „Volksausschuß für nationale Verteidigung" hat unterdessen seine Werbetätigkeit bereits aufgenommen. Dumme werden gesucht.

Jetzt kommen sie!

Ein „Ausschuß zur Organisation der nationalen Verteidigung" hat sich — wie der „Deutschen Tageszeitung" ein Drahtbericht meldet — unter dem Eindrucke der Solfschen Note an Wilson bei Beteiligung weiter Kreise aus Stadt und Provinz Westpreußen in Danzig gebildet. Der Ausschuß wendet sich mit einem Aufrufe an die Oeffentlichkeit, in dem er die nationalen Verbände auffordert, sich ihm anzuschließen und zur Bildung ähnlicher Ausschüsse überall im Reiche einladet. Der Danziger Ausschuß tritt als vorläufiger Vorort an die Spitze der so eingeleiteten Bewegung. Er sieht seinen Beruf hierzu in der Dringlichkeit gegen den von der Regierung geplanten Schritt und in der besonderen Gefährdung Danzigs durch die Politik des neuen Reichskanzlers.

Die Herrschaften in Danzig kommen sehr spät! Ausschüsse zur nationalen Verteidigung bestanden seit Kriegsbeginn. Man nannte sie Bezirkskommandos. Dort hätten sich die Herren, die jetzt die „nationale Verteidigung" organisieren wollen, anno 14, 15 oder 16 melden müssen!

Oesterreich-Ungarn.

Rücktritt des Kabinetts Wekerle.

(Meldung des Ungarischen Korrespondenzbureaus.) Nach Blättermeldungen ist in der Besprechung der Kabinettsmitglieder das Rücktrittsgesuch des Kabinetts ausgefertigt und unterzeichnet worden. Ministerpräsident Wekerle begab sich am Nachmittage nach Wien, um König Karl das Rücktrittsgesuch des Kabinetts zu überreichen. Wie verlautet, wurde der frühere Abgeordnete des Abgeordnetenhauses Navay mit der Kabinettsbildung betraut.

Die Auflösung Oesterreich-Ungarns.

In Oesterreich-Ungarn vollzieht sich eine Entwicklung, die Deutschland aufs stärkste berührt. Gleichgültig, ob das Donaureich an der Seite Deutschlands treu ausharrt oder nicht, wird seine Zukunft uns nicht unberührt lassen. Aufgabe der deutschen

Taktik ist es, für alle Möglichkeiten gerüstet zu sein und auch im schlimmsten Fall künftige Chancen nicht zu verscherzen.

Auch in Oesterreich und Ungarn werden Ministerien gebildet, die von der Entente, besonders Wilson, als verhandlungsfähig angesehen werden können und die das Vertrauen für die Durchführung des 10. Punktes des Wilsonschen Programms genießen, der lautet:

„Den Völkern von Oesterreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen wir sichergestellt zu sehen wünschen, muß die erste Gelegenheit zu einer autonomen Entwicklung gegeben werden."

Wilson negiert damit nicht Oesterreich-Ungarn als Staatswesen, aber er verlangt seine Umgestaltung an Haupt und Gliedern. Doch ist durchaus fraglich, wo die angebahnte Entwicklung enden wird. Die Ungarn wollen das Verhältnis mit Oesterreich auf die Personalunion beschränken, die bisher gemeinsamen Angelegenheiten (auswärtige Politik, Heer, Marine, Staatsschuld, Verwaltung Bosniens und der Herzegowina) trennen und damit den bisherigen dualistischen Aufbau des Staates beseitigen. Zu den Politikern, die diese Lösung am radikalsten vertreten und mit ihr die nationalungarischen Forderungen von 1848 wieder aufnehmen, gehört auch der bekannte pazifistische Graf Michael Karolyi.

Die Polen streben den nationalpolnischen Staat an und haben dem Kaiser bei der Audienz der Abgeordneten rund heraus erklärt, daß ihr Schicksal von den Beschlüssen des Warschauer Regentschaftsrates abhängt. Die Tschechen verlangen den tschechoslowakischen Staat, die Südslawen den südslawischen, und zwar mit allen Souveränitätsrechten. Beide Bewegungen drohen nicht nur Oesterreich, sondern auch Ungarn zu zertrümmern, wo die Magyaren ihre Vorherrschaft bisher ungleich sicherer behaupten konnten als die Deutschen in Oesterreich. Tschechen wie Südslawen wollen keine gemeinsamen österreichischen Angelegenheiten mehr anerkennen, kein gemeinsames Wirtschafts- und Steuergebiet, keine gemeinsamen Eisenbahnen und so fort. Wenn es an sich denkbar ist, daß die österreichischen Völker einen Staatenbund bilden, so ist dieser Gedanke doch nur ausführbar, wenn das einheitliche Wirtschaftsgebiet ungeschmälert erhalten bleibt. So wären die Deutschösterreicher mit ihrer stark entwickelten Industrie und ihrem kargen Ackerboden zu Arbeitslosigkeit und Hunger verurteilt. Darum verlangt auch Otto Lauer, dessen Radikalismus immer einen großdeutschen Einschlag getragen hat, in der „Arbeiterzeitung", daß die slawischen Nationen den Deutschösterreichern als Käufern und Verkäufern freien, durch keine Zollschranke behinderten Zutritt zu ihren Gebieten gewähren oder sich mit dem Vorschlag der Deutschösterreicher an das Deutsche Reich abfinden. Diese Alternative klarzustellen sei besonders nötig, weil das von den Deutschen bewohnte Gebiet keinen zusammenhängenden Landkomplex darstellt, sondern durch tschechische Siedlungen getrennt ist, so daß nicht die Bildung eines, sondern dreier deutsch-österreichischer Nationalstaaten nötig wird: eines innerösterreichischen, nordböhmischen und westschlesischen.

Wenn solche oder ähnliche Gedankengänge in der deutschösterreichischen sozialdemokratischen Presse früher diskutiert wurden, so schienen sie bedeutungslos, weil sich das deutsch-österreichische Bürgertum nicht um sie kümmerte und in einem stupiden Haß gegen die Arbeiterschaft hineingelebt hatte. Heute steht es am Grabe seiner Hoffnungen und hat sich in seiner Hilflosigkeit geradezu bedingungslos unter die Führung der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie gestellt.

Eine gewisse Verzögerung kann die weitere Entwicklung in Oesterreich-Ungarn dadurch erfahren, daß Wilson die österreichisch-ungarische Note bis jetzt überhaupt nicht beantwortet hat, sei es weil er der österreichisch-ungarischen Regierung das Recht abspricht, im Namen ihrer Völker aufzutreten, sei es, weil er das noch mit Deutschland verbündete Oesterreich geflissentlich übersehen wollte. Die Folge ist jedenfalls große Unsicherheit in Wien und Zurückhaltung in der politischen Umbildung des Staates aus der begreiflichen Vorsicht, dem Feinde nicht freiwillig und ohne besondere Aufforderung mehr zu geben, als er selbst erwartet.

Der Stand der preußischen Verfassungsfrage

Die unter dem Druck der allgemeinen Lage zustandegekommenen Beschlüsse der Wahlrechtskommission des Herrenhauses, denen ohne Zweifel in seiner nächsten Sitzung am Donnerstag das Plenum des Herrenhauses zustimmen wird, bedeuten alles in allem eine wesentliche Verbesserung nicht nur gegenüber den im Juni und Juli gefaßten Beschlüssen des Dreiklassenparlaments, sondern in einigen Punkten sogar gegenüber der Regierungsvorlage. Die wesentlichsten Aenderungen gegenüber den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses sind die folgenden: **Beseitigung jedes Mehrstimmenrechts** und **Wiederherstellung des gleichen Wahlrechts** gemäß der Regierungsvorlage, Beseitigung aller schikanösen, besonders gegen die minderbemittelte Bevölkerung gerichteten Ausschließungsgründe vom Wahlrecht, Wiederherstellung des heute geltenden Rechtszustandes, der das Wahlrecht an eine Aufenthaltsdauer von 6 Monaten in einer Gemeinde knüpft, gegenüber einer Karenzzeit von 12 Monaten, wie es in der Regierungsvorlage, und gar einer Karenzzeit von 2 Jahren, wie sie die Beschlüsse des Herrenhauses vorgesehen hatten.

Ferner ist die Bestimmung beseitigt worden, daß nur wahlberechtigt ist, wer mindestens 3 Jahre Preuße ist.

Auch die gegen Berlin gerichteten Ausnahmebestimmungen in der Frage der Aufenthaltsdauer sind von der Herrenhauskommission gestrichen worden.

Der Proproz, der nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses den Charakter eines ausschließlich gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetzes trug, ist in ein allgemeines Recht nach der Art des neuen Reichstagswahlgesetzes umgewandelt worden. Schließlich ist auch die vom Abgeordnetenhause eingeführte Wahlpflicht wieder beiseitigt worden.

Trotz alledem enthalten die drei Verfassungsgesetze auch in ihrer neuen Form noch Bestimmungen, die den gegenwärtigen Rechtszustand nicht nur nicht verbessern, sondern ihn geradezu verschlechtern. Dazu ist zu rechnen: die Hinaufsetzung des Wahlalters. Bisher war in Preußen jeder männliche Einwohner von der Vollendung des 24. Lebensjahres an wahlberechtigt (im Gegensatz zum Reiche, wo das Wahlrecht mit dem 25. Lebensjahre beginnt).

Das Herrenhaus selbst wird in seiner Zusammensetzung „modernisiert": die agrarische Vorherrschaft wird ein wenig zurückgedrängt, ohne doch beseitigt zu werden. Dafür werden auf der anderen Seite die etatsrechtlichen Befugnisse des Herenhauses erheblich gegen den bisherigen Zustand erweitert.

Das übelste aber ist die Einführung der Sicherungen. Darnach werden eine Reihe wichtiger Materien unter Verfassungsschutz gestellt, das heißt, sie können nur geändert werden, wenn in beiden Häusern eine Zweidrittelmehrheit dafür ist (das Abgeordnetenhaus wollte sogar eine Dreiviertelmehrheit!).

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 16. Oktbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern setzte der Feind seine Angriffe fort. Der Hauptstoß richtete sich auf Torhut — gegen die Bahn Tisemkortska. Auch gegen die übrige Kampffront führte der Feind heftige Angriffe. An einzelnen Stellen haben unsere Truppen ihre Linien behauptet, an andern Stellen wichen sie kämpfend aus und wiesen den Feind von rückwärtigen Stützpunkten vielfach durch Gegenstöße ab. Auf den nördlichen Angriffsfronten blieb Tahure in unserer Hand. Südlich von Ysidom gelang es, den Gegner über die Bahn Tisemkortsla hinauszudrängen. Oestlich der Bahn brachten wir ihn zum Stehen. Westlich und südwestlich von Lille setzten wir unsere Linien etwas vom Feinde ab.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Bohain und der Oise griff der Feind erneut nach starker Artilleriewirkung an. Aisonville wurde nach heftigem Kampfe gegen den mehrfach mit starken Kräften anstürmenden Feind behauptet. Auch der nördlich der Oise vorbrechende feindliche Angriff scheiterte vor unseren Linien.

Kämpfe vor unseren neuen Stellungen nördlich und nordwestlich von Laon und westlich der Oise, in denen wir dem Gegner vielfach schwere Verluste zufügten. Der zwischen Olizy und Grand Pree auf Mouron entlang vorspringende kleine Stellungsbogen wurde geräumt.

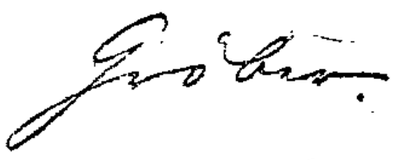
Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen den Argonnen und der Maas sind andauernd heftige Angriffe der Amerikaner in unserem Feuer und an unseren Gegenstößen gescheitert. Der Feind hatte auch gestern trotz weit überlegener Kräfte und starker Artillerie und trotz Unterstützung durch Panzerwagen nur wenig Geländegewinn. Der Amerikaner erlitt auch gestern wiederum außerordentlich schwere Verluste.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Staatssekretär **Gröber** über die Kriegsanleihe:

Keine Regierung, kein Reichstag wird es jemals wagen dürfen, die Sicherheit der Kriegsanleihe anzutasten.



Unter diesen Verfassungsschutz wird zunächst die heute geltende, fast 70 Jahre alte Wahlkreiseinteilung gestellt, die ausschließlich auf die agrarischen Interessen zugeschnitten ist. Ferner werden alle jene Bestimmungen darunter gestellt, die das gegenseitige Verhältnis von Staat, Kirche und Schule ordnen. Um die ganze Tragweite dieser Bestimmung zu ermessen, ist es erforderlich, die drei in Frage kommenden neuen Artikel A, C, B im Wortlaute anzuführen:

A: Die nach der geltenden rechtlichen Ordnung des Verhältnisses zur evangelischen und katholischen Kirche auf Grund von Gesetzen, Gewohnheitsrecht (!) oder Herkommens (!!) diesen Kirchen und ihren Einrichtungen, Verbänden, Gemeinden, Anstalten, Stiftungen, Geistlichen und Kirchenbeamten zustehenden Befugnisse und Einkünfte werden gewährleistet.

B: Die evangelische und die römisch-katholische Kirche sowie jede andere Religionsgemeinschaft bleiben im Besitz und im Genuß der für ihre Kultur-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

C: Der konfessionelle Charakter der öffentlichen Volksschulen wird entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 28. Juli 1906 (Gesetzessammlung Seite 335) gewährleistet.

Es erscheint im höchsten Grade bedauerlich, daß es nicht gelungen ist und auch nicht gelingen wird, alle diese höchst üblen Bestimmungen aus dem preußischen Reformwerk auszumerzen! Mit diesem Schutt desto gründlicher aufzuräumen, wird die erste und wichtigste Aufgabe des ersten, auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts zusammengesetzten Abgeordnetenhauses sein!

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 16. Oktober.

Unterwegs.

Die Züge sind noch immer überfüllt. Wenigstens im engeren Kreise der Großstadt. Mag das Wetter auch noch so unfreundlich und regnerisch sein, den Städter, der zum Lande irgendwelche Beziehungen hat, hindert das nicht. Seine Holzsohlen sind wasserdicht und seine übrige Kleidung ist durch den Krieg derart mitgenommen, daß das naßkalte Oktoberwetter an ihrem Aussehen nur noch wenig zu ändern vermag.

Jeder Platz im Abteil ist dicht besetzt. Im Gang zwischen den Bänken quetschen sich noch viele Menschen. Zuerst schimpft jeder ein bischen. Aber die Harmonie stellt sich gar bald ein. Gesprächthemen liegen in der Luft. Anknüpfungspunkte sind rasch gefunden. Die Frauen tauschen allerlei Kochrezepte aus. Die Männer erörtern die politische Lage. Ein paar Kinder versehen mit ihren Marmeladeschnitten Bänke und Griffe mit der nötigen Klebrigkeit. Die dicke Luft wird parfumiert von den grünblauen Wolken stinkender Rauchkräuter.

Draußen tanzt das Land vorüber: feuchte Stoppelfelder, herbstbunte Bäume, Einzelgehöfte, Dörfer, Ziegeleien mit hohen Schornsteinen. Der Himmel hängt grau. Nebelfetzen umschleiern halbkahle Baumgruppen. Feldgraue und Zivilisten stehen in Gruppen auf den Stationen und harren des einlaufenden Zuges. Mit Körben und Kisten und Kästen und Säcken schieben sie sich in die überfüllten Abteile. Man sollte es garnicht glauben, wieviel Menschen in einen Bahnwagen hineingehen!

Die Kartoffelernte geht ihrem Ende zu. Sie scheint leidlich geraten zu sein. Schmunzelnd verstaut einer nach dem andern seinen mit den kugeligen Früchten prall gefüllten Sack auf den Tragnetzen. Dann greift er in die Taschen, holt einen rotwangigen Apfel heraus und beißt herzhaft in das saftige, weiße Fruchtfleisch. Besonders Gutmütige haben auch für einen der Mitfahrenden noch etwas übrig. Man spricht von dem und jenem. Alle Gespräche aber enden in Ausblicke auf den nun doch vielleicht zu erwartenden baldigen Frieden.

Und das löst eine hoffnungsvolle Stimmung aus. Draußen mag der Herbsttag noch so fröstelnd hängen, wie ein stilles Leuchten umsonnt es doch die Worte und Augen der Fahrenden, als reisten sie aus dem Nebel des Bangens hinein in den warmen Glanz einer besseren Zukunft. . .

Amnestie.

Der Lübecker Senat hat beschlossen, in weitem Umfang Gnade zugunsten solcher Personen zu üben, die von den ordentlichen lübeckischen Gerichten oder von dem Kriegszustandsgericht in Lübeck wegen politischer Verbrechen oder Vergehen, insbesondere auch wegen solcher Straftaten zu Strafen verurteilt sind, die aus Anlaß oder bei Gelegenheit von Streiks, Straßenkundgebungen, Lebensmittelunruhen oder ähnlichen Ausschreitungen begangen sind. Die Justizkommission ist mit der Ausführung dieses Erlasses beauftragt worden.

Ausnahmen vom Tanzverbot auf dem Land.

Der stellvertretende kommandierende General des 9. Armeekorps erklärt sich unter grundsätzlicher Festhaltung an dem Verbot von Tanzlustbarkeiten damit einverstanden, daß in ländlichen Gegenden in einzelnen Fällen, in denen ein Mißbrauch in keiner Weise zu befürchten ist, von der zuständigen Zivilbehörde in bescheidenem Umfange Ausnahmen von dem Verbot der Tanzlustbarkeiten bewilligt werden. Diese Tanzlustbarkeiten haben sich aber in den durch den Ernst der Zeiten gebotenen Grenzen zu halten und dürfen nicht die Formen annehmen, die den Veranstaltungen großstädtischer Ballhäuser eigen sind. Getanzt werden dürfen nur althergebrachte Tänze, während Schiebetänze und Tango verboten sind. Vorwiegend soll das Interesse der landwirtschaftlichen Arbeiter ausschlaggebend sein, denen Zerstreuung und Erholung, besonders während der Lustknappheit im Winter fehlt.

Beschränkungen des Postverkehrs mit dem Ausland.

Es hat sich als notwendig erwiesen, den Versand von Ansichtskarten und aufgezogenen Photographien nach dem Auslande und den besetzten Gebieten zu unterbinden und von der Versendung dorthin auch Druckschriften auszuschließen, soweit sie nicht von Firmen aufgeliefert werden, die an der Beförderung solcher Druckschriften ein gewerbliches Interesse haben und zur Auflieferung besonders zugelassen sind. Auf den Gegenstand, den die Ansichtskarten und Photographien darstellen, und auf den Inhalt der Druckschriften kommt es dabei nicht an.

Ferner sind folgende Bestimmungen getroffen:

Briefe und Postkarten nach dem Auslande, auf denen nicht der Vor- und Zuname des Absenders und sein Wohnort nebst Straße und Hausnummer mit deutlicher Schrift angegeben ist, werden nicht befördert.

Bei Briefen nach dem neutralen Auslande dürfen keine gefütterten Briefumschläge verwendet werden.

Privatbriefe nach dem neutralen Auslande können wegen zu großen Umfangs der Mitteilungen von der Beförderung ausgeschlossen werden.

Briefe nach dem neutralen Auslande, die unlesbar sind, werden als unzulässig zurückgewiesen.

Auch allgemein verständliche Ausdrucksweise ist unbedingt erforderlich. Andeutungen, die für die Ueberwachungsstellen nicht verständlich sind, führen zur Anhaltung.

Keine Päckchensendungen an folgende Adressen! Nichtamtliche Feldpostbriefe mit Wareninhalt (sogenannte Päckchen) an Heeresangehörige mit der Bezeichnung: **Deutsche Feldpost 365, 372, 373, 374, 510, 512 und 663** in der Aufschrift können bis auf weiteres nicht angenommen werden. Etwaige trotzdem noch aufgelieferte derartige Sendungen werden den Absendern zurückgegeben. Auf Sendungen mit Zeitungen und Zeitschriften erstreckt sich die Annahmesperre nicht.

Weihnachtspaketverkehr nach dem Felde. Amtlich wird bekanntgegeben: Um die über die Militärpaketämter zu leitenden Weihnachtspakete für die Truppen im Felde möglichst bis zum Feste ihren Empfängern zuführen zu können, müssen sie bis 2. Dezember d. J. aufgeliefert sein. In der Zeit vom 3. bis 25. Dezember d. J. werden Pakete für das Feld zur Beförderung nicht angenommen. Wegen der schwierigen Beförderungsverhältnisse nach den entfernter gelegenen Gebieten wird jedoch die Auflieferung von Paketen dahin bis zu den nachstehend angegebenen Tagen empfohlen: Nach der Türkei und dem Kaukasus bis 20. Oktober d. J., nach Rumänien und Italien bis 10. November d. J., nach Finnland bis 20. November d. J. Für Frachtstücke werden dieselben Aufgabetermine empfohlen, doch tritt für sie die Annahmesperre ab 3. Dezember nicht ein. Der Päckchenverkehr wird durch vorstehende Anordnungen nicht berührt.

Einstweilen kein Strafporto bei ungenügend freigemachten Sendungen. Am 1. Oktober traten bekanntlich die neuen Postgebühren in Kraft. Auch diesmal sind, wie bei der letzten Gebührenerhöhung, Uebergangsbestimmungen erlassen worden, wonach während der ersten beiden Monate der Geltungsdauer der neuen Sätze, also für Oktober und November, von der Erhebung eines Strafportos abgesehen und nur der Unterschied der bisherigen und neuen Gebühren nachzuzahlen ist. Diese Bestimmung bezieht sich auf Briefe im Orts- und Nachbarortsverkehr sowie auf Postkarten im Fernverkehr. Alle übrigen Sendungen sind, falls nicht genügend frankiert, strafportopflichtig.

Die Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene, Breitestraße, schreibt uns: Im Interesse der in Rußland interniert gewesenen Zivilgefangenen machen wir darauf aufmerksam, daß diejenigen von ihnen, denen es geglückt ist, während des Kriegszustandes bares Geld, Wertpapiere, Gold und Silbersachen, Urkunden, Handelsbücher und dergleichen bei den Konsuln neutraler Staaten zu hinterlegen, oder die derartige Wertgegenstände nach Beendigung des Kriegszustandes den deutschen Schutzkommissionen oder den Generalkonsulaten übergeben haben, zum Zwecke der Abhebung bei dem Kontor der Reichshauptbank für verschlossene Depositen, Berlin SW. 19, Jägerstraße 34/36, vorsprechen mögen. Diese Stelle, an die sämtliche derartige Wertsendungen aus Rußland überführt worden sind und noch überführt werden, nimmt auch schriftliche Anträge auf Uebersendung der Wertsachen durch die Post entgegen.

Ernst-Vollbehr-Veranstaltungen. Vom 22. bis 25. Oktober wird der bekannte Kriegsmaler Ernst Vollbehr hier eine Ausstellung seiner 120 Originalskizzen und Bilder, sowie einen Vortragsabend an Hand von 120 farbigen Diapositiven veranstalten. Die Feldpresse schreibt über Vollbehr: „Keinem war es in dem Maße vergönnt, sich der großen Aufgabe, der Maler des Krieges zu sein, mit gleicher Ausschließlichkeit, gleicher Hingebung und gleichem Erfolg zu widmen, wie Ernst Vollbehr. Ob im Zweisitzer hoch oben in den Wolken über dem brennenden Verdun, ob in den Hohlgängen des Kraters von Douaumont, in den eisstarrenden Schluchten der Argonnen, wie in dem vordersten Sappenkopf auf Sennheims heißumstrittener Höhe, überall, wo unsere Helden fochten, war auch ihr Kriegsmaler." Der Vortragsabend, zu dem Herr Prof. Hofmeier, Frl. Piel-Eutin und der Kriegschor der Lübecker Sängerschaft musikalische Darbietungen beisteuern werden, findet am Dienstag, dem 22. Oktober, abends 7 Uhr, im Hansatheater statt. Eintrittskarten sind in der Musikalienhandlung Robert, Breitestraße, und in der Zigarrenhandlung Röhrich, Großeutstraße, zu haben.

Hamburg. Für 80 000 Mark Zigarren gestohlen. Aus einem Zigarrengeschäft auf der Schleusenbrücke entwendeten Einbrecher für 80 000 Mark Zigarren, die sie vermutlich mit Hilfe eines Fuhrwerkes beiseite geschafft haben. — Verlängerung der Herbstschulferien wegen der Grippe. Die Oberschulbehörde teilt mit, daß wegen der zurzeit herrschenden Grippe die Herbstferien für die Schulen der Stadt Hamburg bis zum Sonnabend, 26. Oktober, verlängert werden.

Kiel. An der Grippe gestorben ist Genosse Herm. Brecour, der verantwortliche Redakteur unseres Kieler Parteiorgans. Der Verstorbene bekleidete seit 1909 den Posten des Lokalberichterstatters der „Schlesw. Holst. Volkszeitung" und war ein sehr eifriges Parteimitglied. Er hat ein Alter von 37 Jahren erreicht.

Elmshorn. Als Reichstagskandidat für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis wurde von der Sozialdemokratie Kriegsberichterstatter Genosse Dr. Ad. Köster für Ed. Adler-Kiel aufgestellt.

Harburg. Ein schwerer Straßenbahnunfall erfolgte in Wilhelmsburg zwischen Neuhoferstraße und Alte Schleuse. Der Führer des von Hamburg kommenden Wagens der Linie 33 überfuhr wegen des Nebels die Weiche an der Neuhoferstraße, wodurch ein Zusammenstoß mit einem aus Harburg kommenden Motorwagen erfolgte. Beide Wagen wurden stark beschädigt, so daß einige Fahrgäste mehr oder minder erhebliche Verletzungen davontrugen.

Theater und Musik.

Das erste Symphoniekonzert des Vereins der Musik[illegible] brachte am Montag erlesene künstlerische Genüsse. Es wurde eingeleitet mit zwei hier erstmals gehörten fa[illegible] gespielten Sätzen aus Rameaus Oper „Platee", die Hermann Kretschmar bearbeitet hat und die vermittelst ihrer klaren, klangvollen Schönheit wirkten. Händels Concerto grosso, ein ganz anders geartetes, aber gleichfalls sehr reizvolles Werk, bei dessen trefflicher Wiedergabe die beiden Konzertmeister, sowie Herr Corbach als Cellist besonders hervortraten, bildeten den Schluß des ersten Teiles der Programms, dessen Mittelstück Bachs „Italienisches Konzert" für Cembalo darstellte. Das Cembalo ist eines der Vorläufer des heutigen Klaviers, dem es an Form ähnelt. Aber die auf ihm erzeugten Töne klingen anders, heller, man möchte sagen stählener in gewisser Beziehung ähnlich denen der Zither. In der Beherrschung dieses Instruments aus einer längst entschwundenen, alten Zeit erwies sich Frau Wanda Lewandowska als unübertreffliche Meisterin, deren bewundernswerte technische Leistung stürmischen Beifall fand. Die Künstlerin mußte sich zu zwei Zugaben verstehen. Im Klavierkonzert von Mozart fesselte Frau Lewandowska am Flügel durch den Adel ihres Spiels sowie die Grazie und Feinheit im Ausdruck. Die überaus sympathische Aufnahme, welche ihr zuteil wurde, war durchaus verdient. Man wird sie gern wieedr hören. Mozarts prächtige Symphonie in Es-Dur schloß das Konzert in glücklichster Weise, zumal ihre Wiedergabe hoher Anerkennung wert war. Das Orchester bot unter Dr. Göhlers umsichtiger, zielbewußter Leitung sein Bestes.

Neueste Nachrichten.

Pressestimmen zur neuen Wilson-Note.

Der „Vorwärts" rät Wilson, den Bogen nicht zu überspannen. „Das deutsche Volk ist heute friedensgeneigt wie noch nie. Es arbeitet an seiner demokratischen Erneuerung und ist bereit, dem Gedanken eines durch den Völkerbund gesicherten Friedens große Opfer zu bringen."

Auch das „Berliner Tageblatt" findet, daß Wilson die Sprache des Gewaltpolitikers spricht. Das Blatt führt dann aus: Durch die neue Note Wilsons hat sich der Friedensgedanke nach rückwärts bewegt. Der Geist, der aus der Note spricht, ist schlimmer als die Forderungen, die darin verzeichnet stehen. Wilson ist der Prophet von Recht, Versöhnung und Völkerglück, und der Geist seiner Note ist der Geist des Machtwillens und der Gewalt.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt u. a.: In der Hauptsache wird wohl die Note schon fertig gewesen sein, als der amtliche Wortlaut überreicht wurde. Daß sie aber ein Fortschritt auf dem Wege zum Frieden sei, wird man nicht sagen können. Im Gegenteil spricht aus dieser Note ein anderer schroffer Geist als aus der ersten, und es ist offensichtlich, daß auf die Fassung dieser Note andere Kräfte Einfluß gewonnen haben. Der Geist Clemenceaus und Lloyd Georges macht sich bemerkbar, und Zweifel tauchen auf, ob dieser Weg zum Frieden führen kann. Die Note wird manchen in Deutschland enttäuschen, aber daß man es uns nicht leicht machen würde, war nach den Ereignissen der letzten Monate zu erwarten. Die verantwortlichen Männer, welche wissen, was für das Schicksal unseres Volkes nötig ist, dürfen sich durch die Fassung und den Inhalt der Note nicht abhalten lassen, das zu tun, was sie nach der Lage der Verhältnisse für das Richtige halten müssen.

Die „Germania" (Zentrum) hat noch nicht die letzte Hoffnung aufgegeben. Das Zentrumsblatt schreibt: Die Antwort Wilsons hat einen Teil der werdenden Friedenshoffnungen wieder zerstört, doch ist noch nicht jede Möglichkeit, zu einer Verständigung zu kommen, ausgeschlossen und noch weniger die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen.

In der „Nordd. Allgem. Zeitung" heißt es: Die Beantwortung der Note erfordert natürlich eingehende Beratungen. Wie bisher so wird sich die deutsche Regierung auch dabei von dem Geiste der Versöhnlichkeit und dem Wunsche nach Beendigung des Blutvergießens leiten lassen und ihren Entschluß unter Wahrung der Interessen des deutschen Volkes fassen.

Die bisher annexionistische freikonservative „Post" führt aus: Wilson sind Demokratisierung und Parlamentarisierung nichts als Schall und Rauch, ein Mittel, um in Deutschland den inneren Zersetzungsprozeß hervorzurufen. Heute hat unsere Reichstagsmehrheit die Antwort erhalten. Sie lautet: Selbstentmannung oder Gewalt, Gewalt, Gewalt bis zur Vernichtung.

Die alldeutsche „Deutsche Tageszeitung" äußert sich wie folgt: Wir wenden uns in diesem furchtbar ernsten Augenblick an das nationale Verantwortlichkeitsgefühl der Regierung, die wir mit allen Kräften unterstützen werden, wenn sie jetzt wirklich zur Regierung der nationalen Verteidigung wird. Wir wenden uns zugleich an alles, was noch an Ehrgefühl, Daseinswillen und Kraft im deutschen Volke vorhanden ist, in der festen Ueberzeugung, daß das deutsche Volk noch genügend Kraft hat, um einen schmählichen, seine Zukunft zerstörenden Frieden erfolgreich abzuwehren.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger", der früher auch vom Frieden ohne Sieg nichts wissen wollte, heißt es: Eins aber muß festgestellt werden: Durch des großen Friedensapostels Schuld werden jetzt noch Tausende von Menschenleben geopfert. Wer das Wort sprechen kann, das der Welt den Frieden gibt, und tut es nicht, obwohl alle Voraussetzungen, die er selbst für die Beendigung des Krieges aufgestellt hat, erfüllt sind, ist zum mindesten ebenso schuldig wie der, der einen Krieg entfesselt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung
über die Ablieferung von Herbstobst.

Um die Verpflichtungen zur Lieferung von Obst an die Marmeladefabriken erfüllen zu können, werden hierdurch nochmals alle Obstbaumbesitzer in der Stadt Lübeck und dem Landgebiete, soweit sie sich nicht bereits zur freiwilligen Abgabe verpflichtet haben, aufgefordert, alles überschüssige Herbstobst (Aepfel, Birnen, Zwetschen) an die Städtische Obst- und Gemüsestelle, Lübeck, Beckergrube 90 oder an die amtlichen Aufkäufer in den verschiedenen Ortschaften abzuliefern.

Durch die Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst über Herbstgemüse und Herbstobst vom 19. Juli 1918 (Reichsanzeiger Nr. 176) sowie die lübeckische Verordnung über Herbstobst vom 16. August 1918 ist der Absatz von Herbstobst nur mit Genehmigung der Landesstelle für Gemüse und Obst in Lübeck zulässig, ebenso muß alles Edelobst an die Städtische Obst- und Gemüsestelle in Lübeck abgeliefert werden (Bekanntmachung über Edelobst vom 2. Oktober 1918).

Lübeck, den 16. Oktober 1918. (5060

Landesstelle für Gemüse und Obst.
Städt. Obst- und Gemüsestelle.

Bekanntmachung.
Der Knochenverkauf in der Markthalle

findet statt am Donnerstag, dem 17. Oktober 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr, auf Abschnitt 5 der Knochenbezugskarten Nr. 12 501 bis 13 500 und am Freitag, dem 18. Oktober 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr, auf Abschnitt 5 der Knochenbezugskarten Nr. 13 501 bis 15 000.

Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.

Lübeck, den 15. Oktober 1918. (5056

Das Polizeiamt.

Deutscher
Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Friedrich Haack
Hafenarbeiter,

am 12. Okt. verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 18. Oktober, nachmittags 1¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. Um rege Beteiligung ersucht.

5067 **Der Vorstand.**

18. Oktober 5068

„Gott schenke uns etwas vom Geist der Freiheitskriege".
1813 — 1913
Kaiser Wilhelm II. am 8. Oktober 1918.

Kriegs-Andacht
in der St. Marienkirche am Freitag, dem 18. Oktober, abends 8 Uhr
unter Mitwirkung der Vereinigung für kirchlichen Chorgesang.
Ansprache: Herr Pastor **Denker.**

Am Freitag, 11. Oktober, starb im Kriegslazarett in Ludwigsbau infolge seiner schweren Verwundung mein lieber Mann (5062

Heinrich Rohweder

im 41. Lebensjahre.
Tiefbetrauert von seiner Frau und Kindern.
Anna Rohweder
geb. **Kröppelin.**

Gef. kl. Arbeiter-Haus m. Stall ev. Garten vorm Holsten-Nord. Anzahlung nach Wunsch. Ang. unt. **T K** an die Exp. (5061

Wir suchen für unsere kriegswichtigen Bauten in [illegible]

Maurer, Zimmerleute, Bauarbeiter

und erbitten Angebote.

Fritz Hackbarth & Co., Berlin W. 9,
Schellingstraße 13.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Bezirksverein Lübeck.

Als weitere Opfer des grausamen Weltkrieges fielen unsere Kollegen

Bernhard Andersen, Hilfsarbeiter, Lübeck
Wilhelm Biermann, Hilfsarbeiter, Lübeck
Albert Burmeister, Maurer, Lübeck
Albert Denzin, Hilfsarbeiter, Lübeck
Franz Glau, Maurer, Lübeck
Wilhelm Groth, Maurer, Lübeck
August Mahnke, Hilfsarbeiter, Lübeck
Ernst Oldorp, Maurer, Lübeck
Wilhelm Schuldt, Maurer, Lübeck
Robert Knickrehm, Hilfsarbeiter, Stockelsdorf
Wilhelm Ahlers, Maurer, Hamberge
Paul Riedel, Hilfsarbeiter, Schlutup
Paul Schookert, Maurer, Schwartau
Wilhelm Dose, Maurer, Travemünde

Wir werden denselben stets ein ehrendes Andenken bewahren.

5059 **Der Bezirksvereinsvorstand.**

Stündlich hoffend, daß unser lieber Sohn auf Urlaub eintreffen würde, erhielten wir statt dessen am 13. Oktober die tieftraurige Nachricht, daß unser lieber jüngster Sohn, Bruder, Schwager und Onkel (5065

Alfred Folkers

Inhaber des Eis. Kreuzes 2. Klasse, Kanonier in einem [illegible] Regt., im 23. Lebensjahre nach 3¾ Jahren [illegible] Pflichterfüllung am 28. September dem grau[illegible] zum Opfer gefallen ist.

In Schmerze

Carl [illegible]ers und Frau
nebst Gesch[illegible] und allen Verwandten.

Wir bitten von Beileidsbesuchen absehen zu wollen.

Tischler
werden dauernd eingestellt von (5053
Flugzeugbau Friedrichshafen,
G. m. b. H., Werft Warnemünde.

Konsumverein für Lübeck und Umg.
e. G. m. b. H. 5069

Von einem kleinen Posten empfehlen wir:
Weißkohl . . . . . Pfund **10** Pfg.
Speisewurzeln . Pfund **15** Pfg.

Weihnachtskerzen
geruchlos, aus beschlagnahmefreien Stoffen, in ca. 4 Wochen ein Posten abzugeben. 1 Karton 3.75 Mk., 3 Kartons 9.95 Mk. Wiederverkäufer gesucht. (5064
Braasch, Hannover 50, Postfach.

Maurer und Bauarbeiter
stellt sofort ein (5068
Aug. Fasel, Baugeschäft, Travelmannstr. 11, pt.

Glasscheiben
aller Art off.
O. Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35, Fernpr. 2808 5052

Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Sozialdemokratische Frauen.
Donnerstag, den 17. Oktober:
Gemütlicher Abend
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
5054) **Das Komitee.**

Hansa-Theater.
Donnerstag abend 7 Uhr:
Drei alte Schachteln.
Operette von Walter Kollo.
Freitag: (5066
Die Csardasfürstin
Sonnabend:
Tanzabend **Grete Wiesenthal.**

Stadttheater Lübeck.
Donnerstag, den 17. Oktober
abends 8 Uhr
im Marmorsaal des Stadttheaters
Zyklus von Vorträgen über das Verhältnis von Stoff und Darstellung in der dramatischen Musik. (5057
1. Vortrag: „Othello".
Vortragender: Kapellmeister **Karl Mannstaedt.**
Preise der Plätze:
I. Platz Mk. 1.—, 2. Platz Mk. —50
Die Direktion.

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19.
5058
Mittwoch, den 16. Oktober
Maria Magdalena.
Ein bürgerliches Trauerspiel von Friedrich Hebbel.
Anfang 7 Uhr
3. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement.
Donnerstag, den 17. Oktober
Die Kreuzelschreiber.
Bauernkomödie in 3 Akten von Anzengruber.
Anfang 7 Uhr.
1. Vorstellung für die Schauspielgemeinde.
Rote Karten.
Abends 8 Uhr
im Marmorsaal d. Stadttheaters:
1. Vortragsabend aus d. Zyklus von Vorträgen über das Verhältnis von Stoff und Darstellung in der dramatischen Musik „Othello".
Vortragender: Kapellmeister Karl Mannstaedt.
Freitag, den 18. Oktober
Othello.
Oper in 4 Akten von Verdi.
Anfang 7 Uhr.
3. Vorstellung im Freitag-Ab.
Sonnabend, den 19. Oktober
Carmen.
Oper in 4 Akten von Bizet.
Anfang 7 Uhr.

Nr. 243
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Mittwoch, den 16. Oktober 1918

Ferdinand herzlich begrüßt.

Der gestürzte Bulgarenzar hat sich in das Städtchen begeben, nach dem seine Familie den Namen der Koburger trägt. Man sollte meinen, ein Ereignis, über das möglichst wenig, am besten gar nichts gesprochen würde.

Weit gefehlt. Wenn der deutsche Bürger einen König erblickt — sei es auch ein entthronter — fällt er auf die Knie und ruft Hurra. Der Präsident des Koburger Landtages, der sich am Mittwoch versammelt, hat daher den Männerstolz und Wahrheitsmut aufgebracht, den unfreiwilligen Besucher mit der folgenden Rede zu feiern:

Da der König entschlossen war, die Politik des Bündnisses mit den Mittelmächten bis zum Ende fortzusetzen und mit seinen Verbündeten das loyalste Einvernehmen bis zum letzten Augenblick gepflegt hatte, so hat er von jener Politik, die er sein Leben lang vertrat, nicht abweichen wollen, und da er sie nicht mehr durchzusetzen vermochte, für seine Person die Konsequenzen aus der veränderten Lage gezogen und hat abgedankt. Dies läßt uns ihn doppelt hochschätzen und verehren und uns zu dem Wunsche vereinen: möge es ihm gelingen, hier in unserm schönen kleinen Land Erholung zu finden und das Schwere vergessen zu lernen. In diesem Sinne begrüßen wir ihn aufs herzlichste, denn er war der Unsere und bleibt der Unsere. Und wie wir ihm einst auf seiner Regierungslaufbahn bewundernd folgten, so wollen wir ihm jetzt helfen, sein Los zu tragen, bis die dunklen Wolken weichen und wieder bessern, sonnigern Zeiten für ihn und uns Platz machen.

Der Regierung des Ländchens Koburg kam aus Autoritätsrücksichten dieser Wortschwall sehr gelegen. In ihrem Namen fügte der Staatsrat Quarck hinzu:

Ich bin sicher, daß die Bevölkerung Koburgs, die Majestät seines Leides achtend, in ihm in guten wie in bösen Tagen den aufrichtigen Freund sowohl unseres Vaterlandes wie unserer engeren Heimat sieht.

Den Staatsrat wollen wir uns schenken. Die Räte von Serenissimus haben Wichtigeres zu tun, als die verschlungenen politischen Ereignisse während des Weltkrieges zu verfolgen. Außerdem ist das Verneigen ihr Beruf, das Beugen des Rückens ihr Schicksal.

Aber von einem Landtagspräsidenten darf man schon mehr voraussetzen. Namentlich wenn dieser wie hier fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter ist. Da darf man zum mindesten annehmen, daß er die fortschrittliche Presse liest. In dieser wurden uns vor wenigen Tagen die russischen Enthüllungen über die Rolle geboten, die Ferdinand seit dem April des Vorjahres gespielt hat. Unsere Leser sind darüber unterrichtet, wie treu Ferdinand zu dem Bündnis mit den Mittelmächten gestanden hat, wie er gedachte, diese Treue bis zum Ende fortsetzen und mit seinen Verbündeten das loyalste Einvernehmen bis zum letzten Augenblick zu pflegen.

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Arnold ist darüber unterrichtet. Das hindert ihn nicht, Ferdinand doppelt hochzuschätzen und zu verehren und ihn auf das herzlichste zu begrüßen, ihn zu bewundern und ihm zu helfen, sein Los zu tragen. „Denn er war der Unsere und bleibt der Unsere."

Wenn der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Arnold sich in Ferdinands Gesellschaft wohl fühlt, wollen wir ihn nicht stören. Jeder wählt denjenigen Umgang und Verkehr, der seinem Charakter und seinen Gewohnheiten angemessen ist. Aber wir wollen feststellen, mit welchem Maße von Wahrheitsliebe und Bekennermut dieser fortschrittliche Reichstagsabgeordnete ausgestattet ist. Denn nicht einmal die Bemerkung ist wahr, daß Ferdinand abgedankt habe. Er ist abgedankt worden. Die Entente wollte mit dem „Schwindler" nichts zu tun haben.

Aber ein fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter drückt ihn an seine Brust: Heil Ferdinand, du bist unser!

In der Presse der Entente kehrt oft der Vorwurf wieder, die Deutschen seien ein Volk von Bedienten. Das ist natürlich eine ganz gemeine Verleumdung. Das deutsche Bürgertum steht aufrecht und stolz da, hat noch immer den nötigen Männerstolz vor Königsthronen aufgebracht und ist mit Herz und Hand dabei, Deutschland zu demokratisieren.

Ach Gott, wenn die deutsche Demokratie auf diese Kämpen warten müßte.

Aus der Partei.

Eine sozialdemokratische Forderung. Der am Sonntag in München zusammengetretene Landesparteitag der bayerischen Sozialdemokratie nahm eine Resolution an, in der ein Staatsgerichtshof gefordert wird. Die Resolution lautet: „Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Bayerns fordert vom Reichstag die Einsetzung und Wahl eines Staatsgerichtshofes zur Feststellung und Aburteilung aller Schuldigen, die frühere Friedensaktionen zum Scheitern brachten und damit für den unglücklichen Kriegsausgang und für die Lasten und Opfer, die wir während und nach dem Kriege zu tragen haben, verantwortlich sind. Diese Untersuchung hat vor keiner auch noch so hochstehenden Person Halt zu machen." — Ferner forderte der Parteitag eine nach dem Willen des Volkes durch Gesetz herbeizuführende Straferlassung und Untersuchungseinstellung bezüglich aller politischen Verbrechen und Vergehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Wendelin Berlinger, wohl das älteste Mitglied der deutschen Buchdruckerorganisation, ist, 85 Jahre alt, in Mainz gestorben. Schon in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts gehörte er den lokalen Buchdruckerkassen in Darmstadt und Frankfurt a. M. an, 1868 trat er dem in Mainz gegründeten Mittelrheinischen Buchdruckerverband, aus dem sich später der Zentralverband entwickelte, bei. Berlinger, der viele Vertrauensposten bekleidete, beging schon 1899 sein 50jähriges Buchdruckerjubiläum. Bis in die letzte Zeit seines Lebens nahm er regen Anteil am Verbandsleben seiner Organisation und besuchte deren Versammlungen regelmäßig.

Ein Akt gewerkschaftlicher Solidarität. Die Kohlenersparnis hat zur teilweisen Betriebseinschränkung in der Glasindustrie geführt, und so wurden auch die Glashütten in Friedrichsthal an der Saar, Louisenthal an der Saar und St. Ingbert in der Pfalz stillgelegt. Die Firmen erhielten nur die notdürftigsten Kohlenmengen, um die Oefen unter Feuer zu halten, denn bei einer gänzlichen Stillegung ist der mit sehr hohen Kosten erbaute Glasofen fast völlig ruiniert. Die Glasmacher wurden von den Firmen nicht entlassen, denn es hält bei der Betriebsaufnahme sehr schwer, gelernte Arbeitskräfte zu erhalten; die Glasmacher erhielten als Entschädigung 70 Prozent ihres bisherigen Arbeitsverdienstes. Leider waren alle Bemühungen, die Betriebe wieder regelmäßig mit Kohle zu beliefern, vergeblich, denn der Reichskohlenkommissar erklärte, daß erst der Hausbrand und alle kriegswichtigen Betriebe beliefert werden müßten. Da der Verdienstausfall für die Glasarbeiter immerhin erheblich war, so wandten sich die organisierten Glasarbeiter von Friedrichsthal an den freien und an den christlichen Verband der Bergarbeiter mit dem Antrage, für die Glashütte Friedrichsthal eine Ueberschicht im Monat zu verfahren, um diesen Betrieb mit Kohle zu beliefern. Die Bergarbeiter haben dem entsprochen und sich bereit erklärt, die Ueberschicht auszuführen, so daß damit die Glashütte in Friedrichthal wieder mit Kohle beliefert wird. Diese Schicht soll aber nur dann ausgeführt werden, wenn der Reichskohlenkommissar die so geförderte Kohle der Glasfabrik Friedrichsthal überweist. Die Direktion der Glasfabrik Friedrichsthal ist gemeinsam mit der Vertretung des Verbandes der Glasarbeiter beim Reichskohlenkommissar in dem Sinne vorstellig geworden; sie erhielten die Zusicherung, daß dem stattgegeben werde. Die Direktion der Glashütte wollte darauf für die von den Bergarbeitern geleistete Ueberschicht den Bergarbeitern eine besondere Lohnzuwendung machen. Dies haben die Bergarbeiter nicht angenommen, sondern sie erklärten, daß, wenn die Möglichkeit zu Lohnerhöhungen besteht, diese den Glasarbeitern zu gewähren sei. Die Mehrleistung durch die Bergarbeiter ist um so höher anzuschlagen, weil diese bei ihrer schweren Arbeit unter den Ernährungsschwierigkeiten leiden, sich aber trotzdem entschlossen haben, diese Arbeit auszuführen. Ein Akt schöner Solidarität! Um die Betriebe in Louisenthal und St. Ingbert aufnehmen zu können, sind weitere Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Organisationen der Bergarbeiter eingeleitet.

Aus Nah und Fern.

Die Grippe. In Berlin greift die Grippe weiter um sich. Bei der Ortskrankenkasse Berlin wurden Montag 1778 neue Erkrankungen angemeldet, davon an Grippe 1227, und an Lungenentzündung 24 Fälle.

In Potsdam ist jetzt auch die Grippe so stark unter dem Personal der städtischen Gaswerke aufgetreten, daß dieses nicht mehr in der Lage ist, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Der Magistrat sieht sich daher gezwungen, am Sonntag, dem 20., und am Sonntag, dem 27. Oktober, die Gasabgabe auf ein paar Stunden einzustellen.

Die Grippe tritt jetzt in der Stadt Braunschweig als Seuche auf und viel stärker als im Frühjahr. Von zahlreichen Krankmeldungen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse kommen 85 Prozent der Erkrankungen auf Grippe. In zahlreichen Fällen trat Lungenentzündung hinzu und es erfolgte, verhältnimäßig schnell, tödlicher Ausgang.

Ein starkes Wiederauftreten der Grippe wird aus zahlreichen Städten der Provinz Pommern gemeldet, so aus Stettin, Greifswald, Stralsund. Vielfach treten die Erkrankungen so massenhaft auf, daß Störungen in den Post- und Eisenbahnbetrieben und in den Schulen unvermeidlich sind. Zahlreiche Fälle haben bereits einen tödlichen Verlauf genommen.

Nach der Turiner „Stampa" breitet sich die Grippe-Epidemie in Turin aufs neue heftig weiter aus, und namentlich ist die Zahl der Todesfälle in erschrecklichem Zunehmen. Die Eisenbahndirektion der Abteilung Turin beschränkte die Ausgabe der Fahrkarten, um die Anhäufung der Reisenden in den Wagons zu vermindern. Auch in Mailand nahm neuerdings die Epidemie noch weiter zu. Am 10. d. M. wurden ärztlich 1337 neue Erkrankungen und 163 Todesfälle, davon 111 an Grippe, angemeldet.

Die Grippe wütet in Kapstadt unverändert weiter. Ein merkliches Nachlassen der Krankheit unter den Eingeborenen ist noch nicht zu verzeichnen. Am 10. Oktober wurden in Kapstadt 250 Personen begraben; in Kimberley starben am 9. Oktober 467 Personen, darunter 50 Eingeborene. Man schätzt, daß in Kimberley in neun Tagen 1500 Weiße und Schwarze der Krankheit erlegen sind. Zwei Drittel davon waren Eingeborene aus den Diamantminen. Die Krankheit breitet sich weiter auf andere Städte der Kap-Kolonie aus.

Zug-Zusammenstoß. Auf der Strecke Quackenbrück—Rheine stießen zwei Güterzüge zusammen. 19 Wagen wurden zertrümmert. Beide Zugführer wurden getötet, zwei weitere Beamte schwer verletzt.

Reiche Seehundsfänge in der Ostsee. An der Südküste der dänischen Insel Laaland hat sich in der letzten Zeit eine Menge Seehunde gezeigt; sie treten in großen Scharen auf und führen am Strand ein munteres Leben. In Rolsen machen die Fischer große Fänge. An einzelnen Tagen werden so 16 bis 18 Seehunde gefangen, außerdem werden viele von diesen Feinden der Fischerei abgeschossen. Für die Fischer ist der Seehundfang eine gute Nebeneinnahme. Der Staat zahlt für jeden erlegten Seehund eine Belohnung, außerdem wird für den Tran, der da jetzt sehr teuer ist, ein guter Preis erzielt. Aus einem mittelgroßen Seehund können 60 Liter Tran gekocht werden.

Die Urbevölkerung Formosas.

In den Gebirgsgegenden der japanischen Insel Formosa an der Ostküste Chinas leben noch jetzt die wilden Stämme, die von den Japanern und Chinesen dahin vertrieben wurden. Ueber diese Urbevölkerung Formosas bringt der Prometheus interessante Angaben. Es ist ein von Natur tapferes Volk, das in Monogamie lebt und streng auf die Heiligkeit der Ehe hält. Sonst herrscht Kommunismus unter ihnen. Die Stämme wohnen in Dörfern und leben von Ackerbau, Jagd und Fischfang. Die wilden Stämme Formosas zählen alles in allem etwa 120 000 Köpfe. Nach Ansicht der Japaner, des einzigen Volkes, das sich irgendwie mit ihnen beschäftigt hat, könnten die Wilden Formosas im Falle der Zivilisation denselben kulturellen Standpunkt erreichen wie die übrigen Völker des Ostens.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im Lübecker Volksboten

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

26. Fortsetzung.

„Was geht Sie es an?" In der Frage lag mehr Erstaunt-sein als Empörung.

Da wurde Reisner mit einem Male ganz ruhig. Er sah den anderen ernst an. Er sagte: „Wollen Sie versprechen, auf mich zu hören, wenn ich Ihnen das erkläre?" Er machte eine Pause, die um das Maß des Widerstandes zu ergründen, das dieser gar verzogene, aber unerfahrene und naive junge Mann aufbringen könne. „Ich schicke dabei voraus, daß ich nicht Ihr Böses will, freilich ebensowenig Ihr Gutes, da Sie mir natürlich vollständig gleichgültig sind, — ich handle vielmehr im Interesse eines Dritten! . . . Sind Sie geneigt, mich anzuhören?"

„Reden Sie," sagte der andere heiser.

Reisner trieb mit einigen Ruderschlägen das Boot noch weiter auf den See hinaus. Dann entledigte er sich seines Rockes und tauchte beide Hände in das Wasser, denn die Sonnenstrahlen trafen glühend auf den blauen Wasserspiegel nieder, den kein Lufthauch wellte.

„Hören Sie, junger Mann," wandte sich Reisner ohne jede Schärfe wieder an seinen Partner, „waren Sie der Meinung, daß es nur Spaß war, als ich Ihnen vorhin damit drohte, Sie ins Wasser zu werfen?"

„Sie würden sich sehr gehütet haben, das zu tun," antwortete Herr von Webenau finster.

„Warum?"

„Weil Sie als ein Gebrannter wohl Angst gehabt hätten, noch einmal ins Zuchthaus zu kommen," stieß jener hervor.

„Gewiß," sagte Reisner, „darin haben Sie recht. Nur vergessen Sie das eine: niemand würde in unserem Falle geglaubt haben, daß Sie einem Verbrechen zum Opfer gefallen seien, jeder-mann würde an einen Unfall geglaubt haben!"

Herr von Webenau schwieg.

Reisner sah ausdrucksvoll vor sich hin ins Leere. „Sie wissen nicht, junger Mann, wie häufig sich solche Unglücksfälle ereignen. Ich selbst weiß von einem, der — es sind nicht viel mehr als zwei Jahre her — auf der Hamburger Außenalster passiert ist."

Er schien völlig apathisch und fernen Erinnerungen hingegeben. „Es war damals ein Tag wie dieser. Zwei Männer ruderten in einem Boot. Mitten auf dem Wasser gerieten sie in einen Streit. Und wissen Sie, was der Grund ihres Streites war? Ein Weib! Der eine von den beiden war der Gatte dieses Weibes — gewiß, kein Mann, der Sympathie verdiente, denn er mißhandelte die Frau, die der andere liebte. Immerhin, er büßte an diesem Tage schwer, — denn, was glauben Sie, was geschah?"

In dieser Frage lag ein stummer Schmerz, vor dem der junge Mann im Innersten erbebte. Scheu und verstohlen sah er zu dem hin, der ihn in diesen Augenblicken in seiner Hand hielt und den er trotzdem nicht nur hassen konnte. Was war der Grund? Welch einem Rätsel sah er sich da plötzlich gegenüber?

„Der Gatte jener Frau, um die der Streit entbrannt war, ertrank; — ertrank vor den Augen dessen, der ihn aus dem Boot ins Wasser geschleudert hatte," ergänzte Reisner in einem Tone, der etwas Feierliches hatte. „Und wer, glauben Sie, war der Mörder?"

„Jener . . andere," sagte Herr von Webenau widerwillig und mit vor Spannung angewaltenem Atem.

„Falsch! Die Frau!"

„Die Frau —?"

„Sie sind erstaunt?" Reisner machte eine zornige Gebärde. „Sie wären es nicht, wenn Sie älter wären und sich nicht von einem Schein blenden ließen, der immer trügt! Was wissen Sie von den Frauen? Sie glauben dem Gesicht, das Sie anlächelt, weil Sie jung und hübsch sind, und das Sie doch verraten wird, wenn Sie nicht blindlings das tun, was es will. Sie sehen in der Liebe noch ein Spiel, wo sie doch ein Kampf ist, ein Kampf, in dem der Mann unterliegen muß, weil er der Arglosere ist. Denn nur Lumpen und Zyniker beherrschen die Frauen!"

Er fuhr sich mit dem Aermel seines Hemdes über die beperlte Stirn. „Verzeihen Sie mir, wenn ich vorhin heftig zu Ihnen war und Worte und Drohungen gebrauchte, die Ihnen gegenüber nicht angemessen waren. Aber ich mußte meine Zuflucht zur Gewalt nehmen, weil ich Sie sonst nie dazu gebracht hätte, mich ruhig anzuhören, da die Dinge, die ich Ihnen zu sagen habe, nun einmal bitter für Sie sind . . . Ich möchte Sie zugleich anflehen, diesen Ort schleunigst zu verlassen, ohne sich zu besinnen, ohne sich noch einmal umzuwenden . . . Die Sache sitzt nicht tief in Ihnen, glauben Sie mir das; das Ganze war nicht mehr als eine Tändelei, die Sie vergessen werden, sobald Sie andere Frauen treffen . . . Jene eine Frau aber ist nichts für Sie, sie gehört nicht Ihnen, sie gehört einem anderen, — und ich müßte Sie töten, — wenn . . . Aber lassen wir das! Sagen Sie mir, daß Sie mir folgen und diesen Ort unverzüglich verlassen werden!"

Dem anderen war, als träume er. Er suchte nach scharfen Worten, um diesem Menschen, der so tat, als könne er über ihn verfügen, zu antworten. Allein er fand keine Worte, obgleich nichts von Furcht in ihm war. Ein großes Staunen hielt seine Sinne umfangen. „Sie reden so sonderbar mit mir," sagte er nach einer Weile, „so sonderbar, wie noch nie ein Mensch mit mir gesprochen hat. Meine Gedanken sind verwirrt, und ich weiß nicht, was ich Ihnen antworten soll. Alles, was Sie mir scheinbar erhellen wollen, wird doch nur um so dunkler . . . Sie erzählten mir vorhin von einem Mord auf der Hamburger Alster. Sagen Sie mir eins! Waren Sie jener Mann —?"

Reisner senkte die Augenlider und schien doch seinen Partner fest anzustarren. „Nein," sagte er, „ich war es nicht!"

„Wer war es?"

„Ein anderer, der noch im Gefängnis sitzt, — noch zehn lange Jahre . . ."

„Und wer war jene Frau?"

„Jene Frau, auf die der Gefangene nun wartet? Die der Antrieb zu seinem Verbrechen war? Die er verfluchen müßte, verfluchen und hassen, und die er dennoch liebt, die er liebt und auf die er wartet, in Hoffnung und Angst, — noch zehn lange Jahre?"

„Ja." Reisner schrie ihn wild an: „Sie kennen sie, junger Mann!"

Herr von Webenau ließ das Steuer fahren. Er zitterte am ganzen Leibe. „Ist . . . sie . . . es?" fragte er leise.

„Sie," brüllte Reisner, „ja!"

Es gab eine lange Pause zwischen ihnen, in deren Verlauf Herrn von Webenau alles klar wurde: der Haß und der Schmerz dieses Mannes, in dessen Augen Tränen standen, — Tränen, die er weinte, ohne es zu wissen, die über seine Wangen kollerten und auf den Boden des Bootes fielen, mit dessen Schmutz sie sich vermischten.

„Bitte," wandte er sich weich an Reisner, „wollen Sie die Güte haben, nun an Land zu rudern?"

„Ja," sagte Reisner abwesend und griff mechanisch nach den Rudern, „gern".

Er holte aus, und das Boot schnellte, das Wasser lautlos durchschneidend, dem Millstätter Ufer zu.

Sie stiegen aus, und Herr von Webenau kettete das Boot an, während Reisner wieder in seinen Rock fuhr. Dann schritten sie nebeneinander dem Seehof zu.

Aber noch ehe sie ihn erreicht hatten, machte Herr von Webenau Reisner ein Zeichen, sich mit zu setzen. Eine Bank stand an der Straße. Gegenüber auf einer Wiese mähte ein Mann Heu.

„Sind Sie der Freund jenes Mannes, von dem Sie sprachen?" fragte Herr von Webenau.

Reisner nickte. „Ja, der einzige, der ihm geblieben ist."

„Und ist das, was Sie mir gesagt haben, die reine Wahrheit?"

„Es ist die reine Wahrheit, ja."

„Ich, . . . ich bin erschüttert," sagte Herr von Webenau, „und ich, . . . ich fürchte mich. Ja, ich habe Furcht. Und ich möchte — sie nicht mehr sehen . . ."

Fortsetzung folgt.

Nr. 42 25. Jahrgang

Unterhaltungsblatt

Mittwoch, 16. Oktober 1918

Beschlagnahme.

Ein ländlicher Bahnhof an der Hauptstrecke in Oesterreich. Ein Gewühl von Menschen, Körben, Koffern und Rucksäcken.

„Glauben Sie, daß man heute schon nach der neuen strengen Verordnung vorgehen wird? Ich sehe noch nirgends einen Gendarmen."

„Soll er nur kommen und suchen. Man kann doch von niemandem verlangen, daß er gutwillig verhungert. Soll er nur kommen! . . ."

Eine Bewegung des Schreckens fliegt durch die Wartenden. Der Gendarm ist auf der Bildfläche erschienen. Zwei Soldaten mit blankem Bajonett folgen ihm.

„Wer gibt ihm das Recht, uns etwas zu nehmen? Wir hamstern ja nicht, um damit zu wuchern oder es weiter zu verschachern, sondern weil wir nicht hungern wollen. Wenn der Staat uns genug zu essen geben würde . . ."

Die Menge, die sich beim Drängen an der Kasse noch grob beschimpft hat und die beim Stürmen der Waggons alle ihre wilden Instinkte austoben lassen wird, hier ist sie solidarisch, eine einheitliche Masse mit dem gleichen Willen, den gleichen Zielen und dem gleichen Bewußtsein, daß ihr unrecht geschieht.

Die Augen des Gendarmen bohren sich in einen Rucksack.

„Was haben Sie da?"

„Nichts, gnädiger Herr! Etwas Kleider und Wäsche . . ."

Flehend blickt das arme Weib den Gendarmen an. Schon aber hat er ein mit Spagat verschnürtes Paket hervorgezogen aus dem weißer Staub rinnt.

„Im Namen des Gesetzes! Das Mehl ist beschlagnahmt."

Und im Triumph wird das Paket von den Soldaten fortgetragen, während das Weib mit lauter Klage ins Leere jammert. Die Menge nimmt eine drohende Haltung ein. Aber keiner gibt sich preis. Hofft doch jeder, als einziger glücklich davonzukommen.

Wieder klagendes Jammern unter einer Flut von Beschimpfungen: die Soldaten schleppen einen braunen Sack ins Dienstlokal neben dem Stationsvorstand.

Ein streitbarer Mann Gottes lehnt an der Wand und fühlt sich geborgen in der Hut des Herrn und hinter einer dicken, breiten Landfrau. Aber auch ihn erreicht das Auge des Gesetzes, und die Pickelhaube nähert sich ihm.

„Nur etwas Obst, Herr Gendarm."

Oeffnen Sie den Korb!"

Der Deckel hebt sich. Man sieht eine duftige Fläche von Zwetschgen, Birnen und großen Fludern.

„Ja, aber darunter . . .! Vielleicht ist das nur die obere Schicht."

„Herr Gendarm, ich weiß, Sie tun nur Ihre Pflicht. Aber so sehr dürfen Sie an Worte eines Priesters doch nicht zweifeln. Lassen Sie ab von der weiteren Untersuchung. . . . Oder glauben Sie, daß ein Priester, ein Diener Gottes, lügen wird?"

Der Gendarm wird sichtlich kleiner.

„Verzeihen, Hochwürden, ich wollte Sie nicht kränken. Danke, es ist in Ordnung."

Der Mann Gottes atmet auf und wischt sich den Schweiß von der Stirn . . .

Ein Galizianer breitet schützend seine Hände über seinem Gepäck, während die Schläfenlöckchen in lebhafte Bewegung geraten.

„Ich hab' doch zweite Klass'! Bei mir dürfen Sie nix revidieren! Wer zweite Klass' bezahlt . . ."

Diese kapitalistische Interpretation nützt ihm aber nichts. Eine ganze Handtasche verschwindet im Dienstlokal.

Eine junge resolute Frau steht zornsprühend dem Gendarmen gegenüber.

„Das ist mein ehrlich erworbenes Mehl. Ich gebe es nicht her. Lieber . . ."

Und schon schwingt sie das Leinensäckchen Mehl in der Luft, löst fieberhaft die Verschnürung, und in weißem Bogen verstreut sie das Mehl auf dem schmutzigen Bahnsteig. Der Gendarm bleibt einen Augenblick verdutzt, dann murmelt er etwas von sakrischen Frauenzimmern und geht weiter.

„Warum haben Sie denn das getan?" fragt man die aufgeregte Frau. „Vielleicht hätte er es Ihnen gar nicht weggenommen."

Die Frau lächelt plötzlich verschmitzt.

„Das waren ja nur drei Kilo Ausschuß, und zehn Kilo Doppelnuller Weizen hab ich noch in der anderen Tasche. Auf die wird er jetzt nicht mehr greifen, der Kerl . . . Ja, man muß es sich was kosten lassen . . ."

Für den einfahrenden Zug wird das Signal gegeben.

Ein Bauer bietet dem Gendarmen eine Handvoll Zigarren an. Schon wird der Gendarm schwach. Da er aber die Augen aller auf sich gerichtet sieht, gedenkt er seines Diensteides und lehnt kurz ab. Der Bauer staunt. Er versteht die Welt nicht mehr.

Donnernd ist der Zug eingefahren.

Da schleppen zwei Männer einen gewaltigen Korb über die Geleise. Wie konnte solch ein Ungetüm von Korb dem Gendarmen entgangen sein? Schon flitzt er auf den Korb zu. Da raunt es ihm ins Ohr:

„Der Korb gehört dem Direktor!"

„Von der Zuckerfabrik?"

„Jawohl!"

„Ach so."

Der Gendarm stellt sich stramm in Position. Denn eben ist der Herr Direktor erschienen, um den Zug zu besteigen.

„Habediäre, grüß' Gott, lieber Wachtmeister! Wie geht's wie geht's?"

Der Gendarm schlägt geschmeichelt die Hacken zusammen.

„Danke sehr, Herr Direktor!"

„Also, Servus, Servus . . .!"

Der Zug ist davongerollt. Ungefähr einundvierzig Kilo Mehl wurde beschlagnahmt. Die Bestandaufnahme im Dienstlokal ergibt merkwürdigerweise ein Quantum von bloß zweiunddreißig Kilo. Und nach dem Transport ins Gemeindehaus sind es nur noch sechsundzwanzig.

„Das ist bißl wenig, meint der Gemeindevorsteher. „Wir haben zweitausendsiebenhundertachtzig Einwohner, da käme nicht einmal ein Deka auf den Kopf. Warten wir vielleicht, bis es mehr wird!"

Der Gemeindediener kratzt sich den Kopf.

„Herr Vorsteher, wenn wir warten, wird es ja doch nur immer weniger!"

„Schweigen Sie!" herrscht ihn der Gemeindevorsteher an. Dann setzt er sich hin, um eine Inventur über das beschlagnahmte Mehl zu verfassen.

„Inventur über neunzehn Kilo Mehl . . ."

Der Heizer Jakow,

In seiner Erzählung „Unter fremden Menschen" schildert Maxim Gorki mit seiner unvergleichlichen Treffsicherheit ein echtrussisches Volksoriginal, den Heizer Jakow. Er erzählt von diesem Vertreter der „kleinen Leute" in Rußland u. a. folgendes:

Langsam und vorsichtig, als ob er auf einer wackligen Brücke über ein tiefes Wasser ging, kam er mit seinen Erinnerungen heraus:

„Einmal, beispielsweise, saß ich wegen eines Pferdediebstahls im Loch und dachte schon, Sibirien sei mir sicher. Der Polizeimeister war wütend und schimpfte, weil die Oefen in seinem neuen Hause fürchterlich rauchten. Ich sage zu ihm: „Der Sache kann ich abhelfen, Euer Wohlgeboren!" Und er schreit mich an: „Ach was, halt's Maul! Der geschickteste Meister kann hier nichts machen . . . .!" Da sag' ich wieder zu ihm: „'s ist schon dagewesen, daß ein Kuhhirt klüger war, als ein General" — ich hab' damals eben alles gewagt, weil mir doch Sibirien bevorstand! „Na, meinetwegen," sagte er, „versuch's, aber wenn die Sach' schief geht, zerbrech' ich dir alle Knochen im Leibe!" Was soll ich sagen? In zwei Tagen hatte ich die Sache in Ordnung gebracht. Der Polizeimeister ist ganz verwundert darüber und schreit mich an: „Mensch, du bist ja ein Rindvieh, ein Kamel! Du könntest der erste Meister sein — und gehst Pferde stehlen!" „Das hab' ich nur aus Dummheit getan, Euer Wohlgeboren," sag ich, und er erwidert darauf: „Ja, das muß wohl sein, ich will Mitleid mit dir haben." Verstehst du wohl? Mitleid, ein Polizeimensch, der von Amts wegen grausam sein soll, hat Mitleid mit mir gehabt . . ."

„Nun, und was weiter?" fragte ich.

„Nichts weiter. Mitleid hat er mit mir gehabt — was soll da sonst noch sein?"

„Du bist doch wie ein Stein — was machst du dir aus seinem Mitleid?"

„Bist ein Sonderling," sagte Jakow gutmütig lachend. „Wie ein Stein, sagst du? Auch mit 'nem Stein soll man Mitleid haben, auch der tut an seinem Orte guten Dienst, man kann doch mit ihm die Straßen pflastern. Jedes Material soll man schonen, nichts ist ohne Zweck auf der Welt. Der Sand zum Beispiel — was ist Sand? Und doch wachsen auf ihm noch Hälmchen . . ."

Wenn ich den Heizer so reden höre, bin ich mehr als je davon überzeugt, daß er irgendein geheimes Wissen besitzt, das mir noch verborgen ist.

„Wie denkst du über den Koch?" fragte ich Jakow.

„Wie soll ich über ihn denken? Da gibt's nichts zu denken," sagte Jakow gleichgültig.

Die Antwort trifft zu: Iwan Iwanowitsch ist in allem so streng normal und glatt, daß das Denken nicht an ihm haften bleibt. Der einzige interessante Zug an ihm ist seine Schwäche für den Heizer, den er in einem fort beschimpft und doch immer wieder zum Tee einlädt.

„Wenn's noch Leibeigene gäbe," sagte er eines Tages zu ihm, „und ich dein Herr wäre, ließe ich dich Faulpelz siebenmal in der Woche mit Ruten schlagen!"

„Siebenmal?" erwiderte Jakow ernsthaft — „das wäre ein bißchen viel!"

Scheltend und schimpfend steckt der Koch ihm alle möglichen guten Bissen in den Mund.

„Da friß!"

Jakow verputzt alles gemächlich und meint:

„Muß ich aber kräftig werden von deinen feinen Brocken, Iwan Iwanowitsch!"

„Und dabei verbrauchtst du gar keine Kraft, alter Faulpelz!"

„Dafür werde ich aber lange leben!"

„Möcht wissen, wozu du leben solltest, du Waldteufel!"

„Auch ein Waldteufel will leben. Ist das Leben nicht 'ne lustige Sache? Ein Vergnügen ist's, zu leben, Iwan Iwanowitsch!"

Dabei war sein Leben durchaus nicht leicht, wie ich mich selbst überzeugen konnte, wenn ich ihm des Nachts im Feuerraum Gesellschaft leistete. Die übrigen Heizer standen mit ihm auf gutem Fuße, sie lachten ihn höchstens wegen seiner Schwatzhaftigkeit und seiner Leidenschaft für das Kartenspiel aus. Ich fragte sie einmal:

„Ist Jakow eigentlich ein guter Mensch?"

„Jakow? Ganz gewiß! Er nimmt nichts übel, glühende Kohlen kannst du ihm in den Hemdlatz stecken!"

Auffallend war sein geringes Bedürfnis nach Schlaf. Ohne sich auszuziehen, kam er oft so, wie er ging und stand, von der Arbeit aufs Verdeck und schwatzte bis tief in die Nacht hinein mit den Passagieren oder spielte Karten. Ich blickte auf ihn wie auf einen verschlossenen Schrein, der irgendetwas für mich sehr Wertvolles barg, zu dem ich indes vergeblich den Schlüssel suchte. Wenn ich so fragend in ihn drang, um hinter sein Geheimnis zu kommen, wich er mir aus und begann irgendeine Geschichte zu erzählen, die ihm da oder dort begegnet war.

„Lebte da irgendwo in einer Kreisstadt ein junger Richter," erzählte er, „ein schwindsüchtiges Männchen, der hatte eine Deutsche zur Frau, eine gesunde, kinderlose Person. Sie verliebte sich in einen Kurzwarenhändler, der selbst eine hübsche Frau und drei Kinderchen hatte. Wie er merkte, daß die Deutsche hinter ihm her war, beschloß er, ihr einen Streich zu spielen, und lud sie für die Nacht in seinen Garten ein, in dem er zwei seiner Freunde versteckt hatte. Meine Deutsche kommt: „Hier bin ich, mein Teurer," und so weiter, er aber sagt: „Ich kann dir leider nicht dienen, meine Liebe, weil ich nämlich verheiratet bin, aber ich habe dir zwei Freunde als Ersatz gebracht, der eine ist ein Witwer, der andere ein Junggeselle . . . ." Wie meine Deutsche ihn so reden hört, — schwapp, hat er eine im Gesicht sitzen, daß er über die Bank auf die Erde purzelt, wo sie ihm dann, hast du nicht gesehen, mit dem Stiefelabsatz ordentlich das Gesicht bearbeitet hat. Ich stand bei dem Richter als Hauswart in Dienst und hatte sie bis an den Gartenzaun begleitet. Wie ich nun durch die Zaunlücke spähe, sehe ich, daß die Suppe ins Kochen kommt — sehe die beiden Freunde des Kaufmanns, wie sie die Frau bei den Zöpfen kriegen. Da springe ich natürlich über'n Zaun und stoße die beiden zurück: „Halt, meine Herren Kaufleute, das geht nicht so! Die Dame kommt zu ihm mit liebendem Herzen, und nicht zu schlechten Scherzen . . ." Und ich führte sie fort, während die Kaufleute mich mit Ziegelstücken bewarfen. Nun wurde sie ganz traurig, ging, wie nicht bei Sinnen im Hofe herum und sagte zu mir: „Wenn mein Mann stirbt, zieh' ich von hier fort, Jakow, — zu meinen Leuten zieh' ich, zu den Deutschen!" Ich sage: „Gewiß, das wird wohl das beste sein" — na, und so ist sie denn nach seinem Tode fortgezogen. Eine freundliche Frau war's, sehr verständig . . . . und auch der Richter war ein sehr freundlicher Mann, Gott hab' ihn selig!"

Cajus Marius.

Als ich das Abiturientenexamen ablegte, erhielten wir als Thema für den lateinischen Aufsatz die Arbeit: „Marius zugleich der Retter und der Verderber des Vaterlandes."

Cajus Marius war nicht einem der alten römischen Adelsgeschlechter entsprossen, sondern ein einfacher Soldat. Darin lag seine Stärke, darin aber auch zugleich der Keim alles Uebels.

Hätte er sich darauf beschränkt, nur als Soldat seinem Vaterlande zu dienen, so würde sein Name in unvergänglichen Lettern in die Tafeln der Geschichte eingegraben worden sein. Auf dem Gipfel seines Ruhmes jedoch entschloß er sich, Politiker zu werden und dieser Entschluß des Feldherrn war zugleich vernichtend für ihn und unheilvoll für sein Vaterland.

Seinen Hauptruhm erwarb er sich gegen Krieger, die aus der Steppe kamen — man denke an den numidischen Krieg — und gegen Völkerscharen, die aus dem ungeheuren Becken des Ostens sich gegen Westen und Süden wandten, nämlich gegen die Cimbrer und Teutonen. Diese unzählbaren Kriegerscharen waren schon in sein Heimatland Italien eingefallen und es schien, als könnten sie sich der Hauptstadt nähern. In zwei ungeheuren Schlachten brachte ihnen Marius vernichtende Niederlagen bei und wurde daher mit Recht als der Retter Roms, der Beschützer des heimischen Bodens im ganzen Römerreiche gefeiert. Sein Ruhm war sondergleichen und er ward mächtiger als je ein Mann zuvor in der Siebenhügelstadt.

Dieser Ruhm stieg ihm zu Kopfe und er begab sich auf das politische Gebiet, er wollte der Regenerator seines Vaterlandes werden. Mommsen urteilt über seine politische Einsicht: daß er politisch völlig unfähig gewesen sei, daß er ein politisch-moralischer Konfusionarius gewesen und daß er gänzlich ungeeignet war, demokratische Maßregeln zu verstehen und durchzuführen. Hierzu langte auch seine Bildung nicht, sie war eben die eines Soldaten. Sein Leben hatte sich in der Kaserne und im Feldlager abgespielt und nie hatte er Zeit gefunden, sich politisch zu informieren. Daher ward er abhängig von seiner Umgebung, die ihn nicht immer aus sehr lauteren Motiven berief.

So mußte denn auch seine sogenannte Reform scheitern und statt eines Demokraten wurde er ein Demagog. Dadurch wurde er zunächst moralisch vernichtet. Erst am Ausgang des Sammlerkrieges — des sogenannten Bundesgenossenkrieges — trat er nachdem er im Krieg von dem Kommando abgelöst worden, hervor und zwar wieder mit einer demagogischen Maßregel.

Sein Ehrgeiz war es, wie er die Barbaren im Norden besiegt hatte, so auch an den anderen Fronten zu siegen. Aber sein glücklicherer Rivale Lucius Cornelius Sulla erhielt den Oberbefehl im asiatischen Krieg und Marius mußte in die Verbannung ziehen.

Als während dieses Krieges der Bürgerkrieg in Italien ausbrach, als sich im eigenen Lande die Parteien wild befehdeten kehrte Marius zurück und führte eine Schreckensherrschaft in Rom. Es mußte dort das tiefste Schweigen herrschen, wer ihm widersprach, war ein Vaterlandsfeind, ward geächtet und verfolgt. Und so kam es dahin, daß Mommsen von ihm sagt: „In seinem ersten Konsulat war er der Stolz, in seinem letzten war er belastet mit dem Haß der ganzen Nation." Er, der von Haus aus rechtliche, tüchtige, kernbrave Mann, der ausgezeichnete Heerführer, wurde jetzt verschrien als der Verderber seines Vaterlandes.

Er hatte nicht die Grenzen seiner Begabung erkannt, sondern glaubte, weil er auf dem Schlachtfelde Großes leistete, so werde er Größeres noch auf dem Felde der Politik leisten können. Das war der verhängnisvolle Irrtum, der ihn zum Fall brachte, ein Irrtum, den viele siegreiche Soldaten mit ihm teilen. Weil er das Vaterland verteidigt, meint er, das Vaterland auch verwalten zu können und er verträgt hierbei ebensowenig wie bei seinen militärischen Plänen eine Opposition. Die Disziplin, die er im Heere fordert, fordert er auch in der Politik und er übersieht dabei, daß noch niemals ein Einzelner zum dauernden Segen eines Volkes dessen Geschicke allein zu bestimmen hatte.

Die Zwingburg.

Gebrochen ist der alte Twing,
ringsum ergrünt sein Mauerring,
der Eppich schwankt im Fenster;
versunken in der Erde Schoß
tief unter das besonnte Moos
sind Ritter und Gespenster.

Wo durch das tiefgewölbte Tor
die zorn'ge Fehde schritt hervor
und ließ die Hörner schmettern,
da hat sich, duftig eingeengt,
ein Zicklein ans Gesträuch gehängt
und nascht von jungen Blättern.

Wo wildverträumt Frau Minne stund,
zerrann auf blauem Wiesengrund
der kecke Bau des Erkers;
wo im Verließ der Haß gegrollt,
ist in das weiche Gras gerollt
ein Quaderstein des Kerkers.

Und wo den Teich am Hügelhang
herab die trotz'ge Feste zwang,
ein finster Bild zu spiegeln,
da rudert, von der Flut benetzt,
der Burg zerstörtes Wappen jetzt:
ein Schwan mit Silberflügeln.

Konrad Ferd. Meyer.

Kleines Feuilleton

Der höchste Schornstein der Welt

ist soeben in Tacoma im Staate Washington erbaut worden. Er ist aus Ziegeln gebaut und 174 Meter hoch. Sein innerer Durchmesser beträgt an der Grundfläche 12 Meter, an der Mündung 7,60 Meter. Die Mauerstärke nimmt von 1,435 Meter 0,343 Meter ab. Die Basis bildet ein Gebäude von 15 Metern Höhe.

Sieben Männer!

Sieben Männer, ganze sieben . . . .
Was sie fordern, das ist toll!
Diktatur?! Schon recht, ihr Lieben,
Nehmt den Mund nur tüchtig voll.
Ach, wie klingt das doch so schön,
Dieses euer — Angstgestöhn . . . .

Lazarus.

Heiteres

Die Knochen. Die Inhaberin eines Pensionats war gezwungen, ein Küchenmädchen zu entlassen, weil dieses regelmäßig Fleischknochen beiseite gebracht hatte. Um dem Mädchen in seinem späteren Fortkommen nicht hinderlich zu sein, schrieb die Hausfrau ins Dienstbuch: „Treu, fleißig und ehrlich bis auf die Knochen."

Die beiden Helme. Der Chef des Stabes unserer Division hat einen zu großen Stahlhelm: Nummer 42 statt 40. Er übergibt ihn einem Intendanturbeamten, der für Umtausch in die richtige Größe sorgen solle. Auf dem Rückweg in sein Quartier trifft dieser einen andern Stabsoffizier, der ihm ein Anliegen vorbringt; er habe einen zu kleinen Stahlhelm, Nummer 40 statt 42, und er würde für baldigen Umtausch dankbar sein. Der Intendantursekretär nimmt bereitwilligst den Helm, packt ihn zu dem ersten und schickt beide zum Umtausch in die Etappe. Der beauftragte Unteroffizier reist mit seinen beiden Helmen Nummer 42 und 40 ab und kommt nach zwei Tagen mit zwei Helmen Nummer 40 und 42 wieder. (Simplicissimus.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.